

Mitteilung des Senats vom 28. September 2010

Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen und der Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik für das Jahr 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 11. September 2008 den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.

„Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist eine vorrangige politische Aufgabe in Bremen und Bremerhaven. So haben in dieser Legislaturperiode ausdrücklich auch in der Wirtschaftspolitik die Sicherung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität. Förderprogramme werden konsequent auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Aber auch viele Entscheidungen in anderen Politikfeldern haben direkte und indirekte Beschäftigungswirkungen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, jeweils zum Jahresende einen Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik abzugeben.“

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) den Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen und der Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik für das Jahr 2008 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

**Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen
und zu den Arbeitsmarkteffekten bremischer Politik
für das Jahr 2008**

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick	3
I. Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen	5
1. Ökonomische Rahmenbedingungen	5
2. Das Angebot an Arbeitskräften	7
2.1 Bevölkerung und Erwerbspersonen	7
2.2 Berufspendler	8
3. Die Nachfrage nach Arbeitskräften	9
3.1 Entwicklung und Struktur der Beschäftigung	9
3.2 Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen	10
4. Arbeitslosigkeit	11
4.1 Regionaler Überblick	11
4.2 Vergleich mit anderen Ländern	12
4.3 Bremen und Bremerhaven im Städtevergleich	15
4.4 Struktur der Arbeitslosigkeit nach ausgewählten Personengruppen	18
5. Fazit	19
II. Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik	19
1. Rahmenbedingungen der Berichterstattung	19
2. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte der Ressorts	20

Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick

Gegenstand dieses Reports ist eine analytische Darstellung zu Situation und Entwicklungen des bremischen Arbeitsmarktes, welche im Wesentlichen auf Daten zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigung der Bundesagentur für Arbeit beruht. Darüber hinaus soll über die externen Beschäftigungseffekte berichtet werden, die sich aus den Aktivitäten der Ressorts ergeben.

Neben einer detaillierten Analyse der Strukturen und Trends der Arbeitslosigkeit sowie des Arbeitskräfteangebotes ist es zentrales Ziel dieses Papiers, den bremischen Arbeitsmarkt auch hinsichtlich der Arbeitskräftenachfrage zu untersuchen, um ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten. Wie erst kürzlich durch eine Analyse des IAB zur Abgrenzung, Dynamik und Aufnahmefähigkeit des regionalen Arbeitsmarktes Bremen deutlich wurde, sollte eine derartige Betrachtung nicht an den Landesgrenzen des Zwei-Städte-Staates aufhören, zumal intensive grenzübergreifende Verflechtungen festgestellt wurden: Einerseits werden zahlreiche Arbeitsplätze in Bremen durch Personen besetzt, die in Niedersachsen wohnen, andererseits arbeiten auch – wenn auch in deutlich geringerem Umfang – Bremer in Betrieben des angrenzenden Umlandes. Bremen und Bremerhaven sind dabei die Oberzentren dieser Arbeitsmarktregion und wollen diese Rolle auch wahrnehmen. Insofern gilt es, sich bei einer Analyse des Bremer Arbeitsmarktes nicht nur auf das vorhandene Arbeitsangebot innerhalb der Landesgrenzen zu konzentrieren, sondern auch die Rahmenbedingungen des Umlandes einzubeziehen. Schließlich konkurrieren bei offenen Stel-

len Arbeitsuchende aus Bremen in der Regel mit Einpendlern um knappe Arbeitsplätze. Für eine detaillierte Analyse des Arbeitsmarktes Bremen und einer Gegenüberstellung von Arbeitsangebot und -nachfrage zur Beschreibung einer möglichen Arbeitsplatzlücke sind demnach unbedingt Pendlerverflechtungen zu berücksichtigen. Im Kern ist der Zeitraum 2007 bis 2008 Gegenstand der Berichterstattung, in diesem Abschnitt wird darüber hinaus auch die Entwicklung in 2009 und 2010 skizziert.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen

Insgesamt hat der bremische Arbeitsmarkt in 2008 von dem bis in das dritte Quartal des Jahres wirkenden wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Die Arbeitslosigkeit konnte abgebaut werden, die Zahl der Erwerbstätigen ist gestiegen und die Zahl der Arbeitsplätze hat zugenommen.

Im Jahresdurchschnitt waren knapp 37 000 Personen im Land Bremen arbeitslos. Die demografische Entwicklung wird diese Situation voraussichtlich langfristig mindern, aber in absehbarer Zeit nicht lösen. Allerdings können sich auf einigen Teilarbeitsmärkten heute schon erkennbare Engpässe bei der Besetzung von Arbeitsplätzen künftig verschärfen, sofern keine Gegensteuerung erfolgt.

Im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern hat das Land Bremen noch immer die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote. Allerdings ist der Ländervergleich wegen des Stadtstaat-Faktors nur bedingt aussagekräftig. Im Vergleich etwa mit den westdeutschen Großstädten Köln und Dortmund hat das Land Bremen eine geringere Arbeitslosenquote.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den Städten Bremen und Bremerhaven ist weiterhin durch das bekannte Ungleichgewicht zwischen den beiden Städten gekennzeichnet. Bremerhaven weist trotz der beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre die höchste Arbeitslosenquote aller kreisfreien Städte in Westdeutschland auf.

Die Personengruppen, denen eine besondere Aufmerksamkeit auf dem Arbeitsmarkt gilt – also Langzeitarbeitslose, Frauen, Schwerbehinderte, junge Menschen und ältere Arbeitnehmer/-innen haben in einem unterschiedlichen Ausmaß – teilweise über- und teilweise unterproportional – vom Abbau der Arbeitslosigkeit profitiert.

Typisch für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist, dass einerseits Verbesserungen im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs immer erst mit deutlichen Zeitverzögerungen eintreten. Nachhaltig strukturelle Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen erfordern einen länger anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Dies gilt auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Bereits im vierten Quartal 2008 deutete sich mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um - 1,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal an, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch Bremen erreicht hatte. Im Jahr 2009 ging das BIP (preisbereinigt) im Land Bremen gegenüber dem Vorjahr um - 3,4 % zurück. Der bundesweite Rückgang fiel mit - 5,0 % noch höher aus.¹⁾

Entgegen zahlreicher Annahmen hat sich der deutliche wirtschaftliche Abschwung in der zweiten Jahreshälfte 2008 und insbesondere im Jahr 2009 jedoch vergleichsweise moderat auf die Zahl der Arbeitslosen und Beschäftigten ausgewirkt. Am 30. Juni 2009 arbeiteten im Land Bremen etwa 1 900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als noch ein Jahr zuvor, was einem Rückgang von 0,7 % entspricht. Dabei ist in Bremen und Bremerhaven eine differenzierte Entwicklung feststellbar, denn während in der Stadt Bremen ein Rückgang von - 0,9 % festzustellen ist, stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremerhaven gegen den Trend leicht um 0,6 %. Die Krise trifft offenbar nicht jede Branche und Region gleichermaßen, denn auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs werden zahlreiche Einstellungen vorgenommen.

Insgesamt dürfte neben den Arbeitszeitkonten insbesondere die Nutzung der konjunkturellen Kurzarbeit dazu beigetragen haben, dass sich die Krise weniger als angenommen auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich auch auf die Arbeitslosigkeit in Bremen ausgewirkt, doch in einem weitaus geringeren Umfang als zunächst vermutet. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2008 hat die Zahl der Arbeitslosen 2009

¹⁾ Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen: Statistische Berichte Mai 2010, Seite 6.

in Bremen wie im Bundesdurchschnitt zugenommen. Dabei fiel der Zuwachs im Land Bremen mit 3,8 % geringer aus als bundesweit (4,6 %). Die Arbeitslosenquote des Landes Bremen stieg dabei im Jahresdurchschnitt von 11,4 % auf 11,8 % und lag dabei auch 2009 deutlich über dem Bundesdurchschnitt (8,2 %). Auch hier ist in den Städten Bremen und Bremerhaven dabei eine differenzierte Entwicklung festzustellen: Während in Bremerhaven die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr von 16,7 % auf 15 % gesunken ist, stieg diese in der Stadt Bremen von 10,3 % auf 11,3 % an.

Wie zu erwarten ist von der steigenden Zahl der Arbeitslosen im Land Bremen zunächst überwiegend der Rechtskreis SGB III betroffen, da zahlreiche Arbeitslose zunächst Ansprüche auf Arbeitslosengeld haben. Dies gilt für Bremen und Bremerhaven gleichermaßen. Der Rückgang der Arbeitslosenquote in Bremerhaven beruht also vor allem auf einer Abnahme der Zahl der Arbeitslosen des Rechtskreises SGB II.²⁾ Damit waren im Jahresdurchschnitt 2009 im Land Bremen rund 38 350 Menschen als arbeitslos registriert, was etwa 3,8 % mehr als im Vorjahr sind. Mit 78,2 % sind davon die überwiegende Mehrheit dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen, etwa ein Fünftel (21,7 %) dem Rechtskreis SGB III.

Die aktuellen Daten verweisen jedoch auf eine Erholung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denn die bremische Wirtschaft wuchs gegenüber dem Vorjahresquartal im ersten Quartal 2010 wieder um 1,3 %. Zudem deuten mehrere Indikatoren, wie z. B. steigende Aufträge der Industrie, der zunehmende Umschlag in den bremischen Häfen und eine steigende Zahl offener ungeförderter Stellen auf eine Stabilisierung hin, die sich letztendlich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv bemerkbar machen könnte.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte der Ressorts

Die direkten externen Beschäftigungseffekte der aufgeführten Ressorts dürften insgesamt eher zu niedrig ausgewiesen sein, lassen sich doch gerade in vielen Bereichen der Infrastrukturentwicklung weitere externe Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte vermuten, die sich aber entweder einer unmittelbaren Quantifizierung entziehen bzw. auch über weitere Modalitäten der Umrechnung nicht seriös zu ermitteln sind.

Zumindest bleibt darauf hinzuweisen, dass speziell die in der Wirtschaft ausgelösten Investitionen z. B. im Rahmen der Investitionsförderung oder auch die Erschließung von Gewerbeflächen zu bedeutsamen Nachfrageeffekten z. B. beim Baugewerbe führen. Langfristig gesehen lassen sich auch Ausgaben im Bildungsbereich anführen, bei denen sich im Rahmen eines Jahresberichtes keine weiteren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt feststellen lassen, langfristig für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Bremen aber von zentraler Bedeutung sind. Es ist eben oft ein Kennzeichen staatlicher Aktivitäten und somit auch der Politik des Senats, weniger auf kurzfristig feststellbare Effekte abzielen, sondern die Stabilität und Entwicklungsperspektiven einer Region über umfassende Investitionen in öffentliche Infrastruktur zu gewährleisten.

I. Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen

1. Ökonomische Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief 2008 wie in den Vorjahren zunächst positiv. Diese Entwicklung konnte sich aber zum Ende des Jahres aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht fortsetzen.

Tab. 01: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Land Bremen und in Deutschland

	Land Bremen		Deutschland	
	2008	2007	2008	2007
Bruttoinlandsprodukt in Mio. €	27.741	26.765	2.492.000	2.422.900
preisbereinigte Veränderung in %	+ 1,74	+ 1,60	+ 1,30	+ 2,46
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstät. in €	70.558	68.849	61.790	60.926
preisbereinigte Veränderung in %	+ 0,60	- 0,16	- 0,12	+ 0,73

Quelle: VGR; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1- Berechnungsstand: August 2008/Februar 2009

²⁾ Der Rückgang könnte einerseits durch Übergänge in Beschäftigung (die Zahl der SV-Beschäftigten in Bremerhaven stieg in diesem Zeitraum gegen den Trend), aber auch durch andere Gründe, wie einem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hervorgerufen worden sein.

Das bremische Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,74 % gestiegen und hat demnach stärker am Aufschwung partizipiert als Deutschland (+ 1,3 %). Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen betrug 70 558 € und liegt damit über dem Durchschnitt der deutschen Länder von 61 790 €, nur der Stadtstaat Hamburg erwirtschaftete mit 80 395 € je Erwerbstätigen mehr.

Mit der Krise an den internationalen Finanzmärkten und den damit verbundenen verschlechterten Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sowie der weltweiten Wirtschaftskrise war gegen Ende des Jahres 2008 ein deutlicher Rückgang der Konjunktur zu beobachten – die Wertschöpfung ist in Deutschland im Vorjahresvergleich im dritten Quartal erstmals deutlich gesunken. Da der Arbeitsmarkt zeitlich verzögert auf konjunkturelle Entwicklungen reagiert, war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit 2008 nicht zu beobachten.

Tab. 02: Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen in Millionen Euro

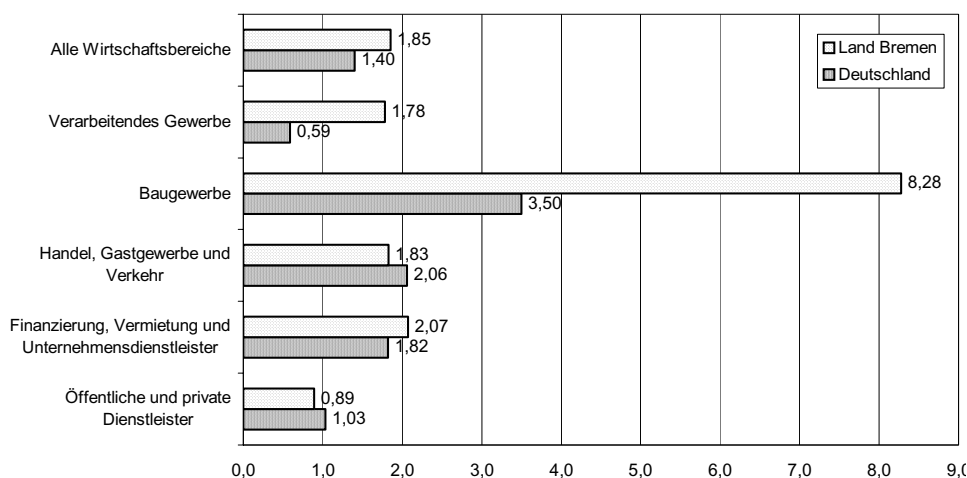
	Land Bremen				Deutschland			
	2008		2007		2008		2007	
	in Mio. €	Anteil*	in Mio. €	Anteil*	in Mio. €	Anteil*	in Mio. €	Anteil*
Bruttowertschöpfung insgesamt	24.881	100,0	23.985	100,0	2.235.120	100,0	2.171.210	100,0
dav. Land-, Forstw.; Fischerei	56	0,2	56	0,2	19.570	0,9	20.020	0,9
Produzierendes Gewerbe	6.583	26,5	6.345	26,5	673.780	30,1	659.270	30,4
dar.: Verarbeit. Gewerbe	5.441	21,9	5.305	22,1	524.780	23,5	519.550	23,9
Baugewerbe	704	2,8	625	2,6	93.820	4,2	87.150	4,0
Dienstleistungssektor	18.242	73,3	17.584	73,3	1.541.770	69,0	1.491.920	68,7
dav.: Handel, Gastg. u. Verk.	7.112	28,6	6.766	28,2	399.830	17,9	382.410	17,6
Finanz., Verm., Unt.-D.	6.352	25,5	6.147	25,6	655.040	29,3	634.820	29,2
Öffentl. u. priv. Dienstl.	4.778	19,2	4.671	19,5	486.900	21,8	474.690	21,9

Quelle: VGR; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1 – Berechnungsstand: August 2008/Februar 2009. * Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen an BWS insgesamt in %.

2008 wurden wie schon im Vorjahr 73,3 % der bremischen Bruttowertschöpfung (BWS) im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. In diesem Sektor ist in Bremen der Anteil des Bereiches der unternehmensnahen Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung unterdurchschnittlich; der Anteil an der Bruttowertschöpfung fällt hier mit 25,5 % wesentlich geringer aus als in Deutschland mit 29,3 %. Überproportional fällt der Anteil des Bereiches Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 28,6 % gegenüber 17,9 % im Bundesgebiet aus.

Während die aktuelle preisbereinigte Veränderungsrate der BWS mit + 1,40 % für Deutschland deutlich niedriger als im Vorjahr (Vorjahr 2007/2006 + 2,92 %) ausfiel, hat sie im Land Bremen mit + 1,85 % im Vergleich zum Vorjahr (2007/2006 + 2,05 %) entgegen dem Trend nur 0,2-Prozentpunkte verloren.

Abb. 01: Preisbereinigte Veränderungen der BWS in ausgewählten Wirtschaftsbereich gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: VGR; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1- Berechnungsstand: August 2008/Februar 2009

In allen ausgewählten Wirtschaftsbereichen, mit Ausnahme von „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“, hat sich das Land

Bremen im Vergleich zum Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr besser entwickelt. Besonders das „Produzierende Gewerbe“ mit einer Zunahme von + 2,38 % hat sich im Vergleich zu Deutschland (+ 0,82 %) besser entwickelt.

2. Das Angebot an Arbeitskräften

Das Angebot an Arbeitskräften oder auch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen wird im Wesentlichen von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – also dem Erwerbspersonenpotenzial – und deren Erwerbsneigung bestimmt. Darüber hinaus wird das Angebot an Arbeitskräften – gerade in Städten wie Bremen und Bremerhaven – auch von den jeweiligen Berufspendlerströmen beeinflusst. Die Entwicklung der vorstehend genannten Größen unterliegt eher längerfristigen Trends, sodass hier – im Gegensatz zu den anderen Kapiteln des Berichts – auf einen Fünfjahresvergleich abgestellt wird.

2.1 Bevölkerung und Erwerbspersonen

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist definiert als Bevölkerung in der Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren. Sie stellt das Erwerbspersonenpotenzial einer Region dar.

Tabelle 3 zeigt, dass im Berichtszeitraum das Erwerbspersonenpotenzial stärker rückläufig ist als die Einwohnerzahl insgesamt. Hierin spiegelt sich ein längerfristig wirksamer Trend wider, der seine Ursache im steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung hat.

Tab. 03: Potenzialbetrachtung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Land Bremen - Stand: 31.12. des Jahres, Angaben in 1.000 -

	2008			2003			Veränderung in %		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Bevölkerung insgesamt	661,9	321,8	340,1	663,1	320,8	342,3	- 0,2	+ 0,3	- 0,6
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 J.)	437,2	220,3	217,0	444,5	224,5	220,0	- 1,6	- 1,9	- 1,4
Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in %	66,1	68,5	63,8	67,0	70,0	64,3	--	--	--
eintretende Erwerbsgeneration (15 bis unter 25 Jahre)	76,8	38,3	38,5	74,6	37,0	37,6	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4
ausscheidende Erwerbsgeneration (55 bis unter 65 J.)	79,1	38,6	40,5	85,2	42,4	42,8	- 7,2	- 9,0	- 5,4
Potenzialveränderung Saldo (15 bis 25)-(55 bis 65)	- 2,3	- 0,3	- 2,0	- 10,6	- 5,4	- 5,2	--	--	--

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Selbst bei einer künftig angenommenen relativ konstanten Einwohnerzahl im Land Bremen wird sich längerfristig das Erwerbspersonenpotenzial verringern. Dies deutet sich bereits beim Vergleich der ins Erwerbsleben eintretenden und ausscheidenden Erwerbsgenerationen an. Wenn auch die Differenz zwischen der in das Erwerbsleben eintretenden zu der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Bevölkerungsgruppe im Jahre 2008 gegenüber dem Jahr 2003 abgenommen hat, die Potenzialveränderung also geringer geworden ist, ist weiterhin eine Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung im Land festzustellen.

Die Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen. Der Anteil der Erwerbspersonen am Erwerbspersonenpotenzial wird als Erwerbsquote definiert. Sie weist im Land Bremen für 2008 eine Höhe von 71,3 % auf. Gegenüber 2003 sind weder bei der Zahl der Erwerbspersonen noch bei den Erwerbsquoten signifikante Veränderungen festzustellen.

Tab. 04: Erwerbspersonen und Erwerbsquoten im Land Bremen 2003 und 2008

	2008			2003		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Erwerbspersonen in 1.000						
Land Bremen	318	174	144	313	173	140
dav.: 83,6% Stadt Bremen	266	145	121	261	143	117
16,4% Stadt Bremerhaven	52	29	22	52	29	23
Erwerbsquoten in %						
Land Bremen	71,3	77,3	65,1	71,7	78,7	64,6
Stadt Bremen	71,7	77,7	65,7	72,4	79,4	65,4
Stadt Bremerhaven	68,9	75,7	61,7	68,2	75,5	60,7

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen; Mikrozensus 2003 und 2008

Die Erwerbsquoten sind nach Geschlecht unterschiedlich hoch. Die Erwerbsquote bei den Männern im Land Bremen liegt in 2008 mit 77,3 % deutlich höher als bei den Frauen mit 65,1 % und spiegelt insoweit die teilweise immer noch herrschende Rollenverteilung von Männern und Frauen im Berufs- und Familienleben wider. Die bei den Männern gegenüber 2003 durchweg leicht fallenden und bei den Frauen steigenden Erwerbsquoten sind jedoch auch für einen längerfristigen Beobachtungszeitraum durchaus typisch.

Deutliche Unterschiede gibt es bei den Erwerbsquoten zwischen der Stadt Bremen und Bremerhaven. Für Männer wie auch für Frauen liegen die jeweiligen Erwerbsquoten in Bremerhaven deutlich unter denen der Stadt Bremen. Die im Vergleich zur Stadt Bremen schlechtere Arbeitsmarktsituation dürfte über viele Jahre hinweg dazu geführt haben, dass in Bremerhaven relativ mehr potenzielle Erwerbspersonen in die stille Reserve abgetaucht sind.

2.2 Berufspendler

Wie in anderen Großstädten auch geht die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu einem großen Teil nicht nur von der bremischen Erwerbsbevölkerung aus. Viele Menschen, die außerhalb des Landes Bremen ihren Wohnsitz haben, gehen in Bremen und Bremerhaven einer Berufstätigkeit nach. Umgekehrt finden auch viele Bremer und Bremerhavener außerhalb der Landesgrenzen einen Arbeitsplatz. Die Differenz zwischen diesen Personengruppen wird als Pendlersaldo bezeichnet und muss dem Arbeitskräfteangebot des Landes Bremen zugerechnet werden. Entsprechend der oberzentralen Funktion der beiden Städte Bremen und Bremerhaven ist dabei die Zahl der Einpendler erheblich höher als die der Auspendler.

**Tab. 05: Pendlersaldo auf Erwerbstätigenniveau 2003 und 2008 im Land Br
- in 1.000 -**

Jahr	Pendler auf Erwerbstätigenniveau			
	Erwerbstätige	Einpendler	Auspendler	Pendlersaldo
2003	384,1	156,8	43,9	112,9
2008	393,2	166,9	50,8	116,1

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen und darauf basierende Berechnungen der Ser Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Im hier betrachteten Fünfjahreszeitraum hat die Zahl der Berufseinpendler um 6,4 % und die der Auspendler um 15,7 % zugenommen. Dies entspricht einem absoluten Zuwachs um ca. 10 000 Personen bei den Einpendlern und nahezu 7 000 bei den Auspendlern. Im Resultat ist der Pendlersaldo auf 116 100 Erwerbstätige gestiegen.

Im Land Bremen hatten im Jahr 2008 von insgesamt 393 200 Erwerbstätigen 166 900 ihren Wohnsitz nicht im Land Bremen. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung ist damit von 40,8 % in 2003 auf 42,4 % in 2008 gestiegen.

Von allen Erwerbstätigen, die ihren Wohnsitz im Jahr 2008 im Land Bremen hatten, also von ca. 277 100 Personen, waren 50 800 den Berufsauspendlern zuzurechnen. Dies entspricht einem Anteil von 18,3 % gegenüber einem von 16,2 % im Jahr 2003.

Im Gegensatz zu den Zahlen der Erwerbstätigen insgesamt, die in Zu- und Abnahme den unterschiedlichen konjunkturellen Einflüssen folgen, ist bei den Pendlerbewe-

gungen ein relativ stabiler Trend über einen bereits sehr langen Zeitraum festzustellen. Konjunkturreagibel scheinen Pendlerströme insoweit zu sein, dass sie in rezessiven Phasen auf nahezu gleichem Niveau verharren, um dann in Phasen des Aufschwungs wieder anzusteigen.

Die Zunahme der Pendlerströme geht einerseits einher mit einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit dem jeweiligen Umland der Städte Bremen und Bremerhaven und andererseits mit dem schon länger bekannten Trend einer wachsenden Segregation von Arbeiten und Wohnen, d. h. die Wahl des Wohnsitzes (z. B. Stadt oder Land) wird immer unabhängiger von der Lage des jeweiligen Arbeitsplatzes getroffen. Solche Einflüsse überlagern damit in ihrer Entwicklung konjunkturbedingte Faktoren. Der relativ stärkere Anstieg der Berufsauspendlerzahlen spiegelt die günstigere wirtschaftliche Entwicklung und das damit wachsende Angebot an Arbeitsplätzen insbesondere im Umland der Stadt Bremen wider. Insgesamt waren in der Vergangenheit nahezu stetig steigende Zahlen bei Ein- und Auspendlern zu verzeichnen. Trotz des relativ höheren Anstiegs bei den Auspendlern ist der Pendlersaldo weiterhin gestiegen.

3. Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes wird im Wesentlichen von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung bestimmt. Produktivität wird dabei definiert als Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. Bruttowertschöpfung (BWS) je Erwerbstätigen. Steigt die Produktivität z. B. stärker an als das Wirtschaftswachstum – also die Veränderung des BIP bzw. der BWS –, dann sinkt die Beschäftigung. Die resultierende Darstellung dieses Zusammenhangs darf allerdings nicht zu monokausalen Schlussfolgerungen verführen, wonach eine geringe Produktivität eine hohe Beschäftigung zur Folge hat. Längerfristig sind Wachstum und Produktivität – vermittelt über den Grad der Wettbewerbsfähigkeit – sich wechselseitig bedingende Einflussgrößen im Hinblick auf das Niveau der Erwerbstätigkeit. Dieser Zusammenhang ist auch bei der folgenden Analyse der Beschäftigungsentwicklung von 2007 auf 2008 zu berücksichtigen.

3.1 Entwicklung und Struktur der Beschäftigung

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Land Bremen von 388 800 im Jahr 2007 auf 393 200 im Jahr 2008 angestiegen, die Zuwachsrate von 1,1 % liegt damit leicht unter der des Bundesgebietes von 1,4 %.

Ca. 93 % der Erwerbstätigen im Land Bremen sind Arbeitnehmer. Deren Zahl ist von 2007 auf 2008 mit 4 200 Personen oder 1,2 % etwas stärker gewachsen als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt. Die Zahl der Selbstständigen hat zwar im gleichen Zeitraum um ca. 200 Personen bzw. 0,8 % auch zugenommen, aber doch geringer als die der Arbeitnehmer.

Im gesamten Bundesgebiet beträgt der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen knapp 89 %. Im Unterschied zur Entwicklung im Land Bremen haben die Selbstständigen von 2007 auf 2008 mit 0,3 % eine relativ geringere Zunahme im Verhältnis zur Gesamterwerbstätigkeit zu verzeichnen. Die Zunahme bei den Arbeitnehmern liegt infolge des insgesamt höheren Beschäftigungswachstums im Bundesgebiet mit 1,6 % über der des Landes Bremen mit 1,2 %.

Tab. 06: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Bremen und in Deutschland – in 1.000

	Land Bremen				Deutschland			
	2008	2007	Veränd. absolut	Veränd. 2008/07 in %	2008	2007	Veränd. absolut	Veränd. 2008/07 in %
Erwerbstätige insgesamt	393,17	388,75	+ 4,41	+ 1,1	40.330,0	39.768,0	+ 562,0	+ 1,4
dav.: Arbeitnehmer	365,33	361,13	+ 4,19	+ 1,2	35.865,0	35.317,0	+ 548,0	+ 1,6
Selbstständige	27,84	27,62	+ 0,22	+ 0,8	4.465,0	4.451,0	+ 14,0	+ 0,3
dar.: geringfügig Beschäftigte	59,41	60,43	- 1,02	- 1,7	5.911,7	5.923,4	- 11,7	- 0,2

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ - Stand: 12. März 2009

Die im Bundesgebiet wie im Land Bremen aus der vorstehend beschriebenen Entwicklung resultierende Abnahme der Selbstständigenquote ist der konjunkturellen Entwicklung der Jahre 2007 und 2008 geschuldet. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in abhängiger Beschäftigung ist konjunkturbedingt größeren Schwankungen unterworfen als die doch eher mit längerfristigen Planungsvorläufen versehenen Existenzgründungen. Bezogen z. B. auf die letzten fünf Jahre gab es eine deutliche stärkere Zunahme der Zahl der Selbstständigen.

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist im Jahr 2008 gegenüber 2007 erstmals seit mehreren Jahren wieder rückläufig. Im Land Bremen ist sie um ca. 1 000 Personen oder - 1,7 % deutlich stärker zurückgegangen als im Bundesgebiet mit - 0,2 %. Möglicherweise hat der konjunkturelle Aufschwung dazu beigetragen, zumindest teilweise geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in existenzsichernde Arbeit umzuwandeln. Die Entwicklung in 2008 konnte allerdings den erheblichen Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen Jahren vom Niveau her nur marginal absenken. Der wirtschaftliche Aufschwung war kaum in der Lage, die damit verbundenen Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig positiv im Hinblick auf die Restrukturierung eines „Normalarbeitsverhältnisses“ hin zu beeinflussen.

3.2 Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Für die Analyse der Beschäftigungsentwicklung sind folgende Wirtschaftsbereiche von zentraler Bedeutung:

- produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe,
- Handel, Gastgewerbe und Verkehr,
- Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister,
- öffentliche und private Dienstleister.

Sie umfassen im Land Bremen 95,8 % aller Erwerbstätigen im Jahr 2008.

Tab. 07: Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen (WZ 2003) im Land Bremen und in Deutschland – in 1.000

	Land Bremen				Deutschland			
	2008	2007	Veränd. 2008/07		2008	2007	Veränd. 2008/07	
			absolut	in %			absolut	in %
Erwerbstätige insgesamt	393,17	388,75	+ 4,41	+ 1,1	40.330	39.768	+ 562	+ 1,4
dav.: 0,3% Land- u. Forstw, Fischerei	1,31	1,35	- 0,04	- 3,0	856	845	+ 11	+ 1,3
16,7% Prod. Gewerbe o. Baugew.	65,72	65,09	+ 0,63	+ 1,0	8.024	7.910	+ 114	+ 1,4
3,8% Baugewerbe	15,11	15,08	+ 0,02	+ 0,1	2.197	2.212	- 15	- 0,7
29,6% Handel, Gastgew. u. Verk.	116,25	115,17	+ 1,08	+ 0,9	10.057	9.966	+ 91	+ 0,9
19,3% Finanz., Verm. u. U.dienstl.	76,06	74,21	+ 1,85	+ 2,5	7.029	6.828	+ 201	+ 2,9
30,2% Öffentliche u. priv. Dienstl.	118,73	117,85	+ 0,88	+ 0,7	12.167	12.007	+ 160	+ 1,3
	Stadt Bremen				Stadt Bremerhaven			
	2008	2007	Veränd. 2008/07		2008	2007	Veränd. 2008/07	
			absolut	in %			absolut	in %
Erwerbstätige insgesamt	328,97	325,36	+ 3,62	+ 1,1	64,20	63,40	+ 0,80	+ 1,3
dav.: 0,3% Land- u. Forstw, Fischerei	1,11	1,10	+ 0,01	+ 0,5	0,20	0,25	- 0,05	- 18,4
14,4% Prod. Gewerbe o. Baugew.	56,77	56,12	+ 0,65	+ 1,2	8,95	8,98	- 0,03	- 0,3
3,2% Baugewerbe	12,41	12,37	+ 0,04	+ 0,3	2,69	2,71	- 0,02	- 0,8
24,5% Handel, Gastgew. u. Verk.	96,48	95,66	+ 0,82	+ 0,9	19,77	19,52	+ 0,25	+ 1,3
16,7% Finanz., Verm. u. U.dienstl.	65,69	64,20	+ 1,49	+ 2,3	10,37	10,01	+ 0,36	+ 3,6
24,5% Öffentliche u. priv. Dienstl.	96,51	95,91	+ 0,60	+ 0,6	22,22	21,93	+ 0,28	+ 1,3

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ - Stand: 12. März 2009

Infolge der wirtschaftlich günstigen Situation, zumindest in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008, hat sich die Beschäftigung im Land Bremen durchweg positiv in den hier betrachteten Wirtschaftszweigen entwickelt. Auch kurzfristig spiegeln die Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung im Bundesgebiet wie im Land Bremen den nahezu ungebrochenen Trend zur Tertiärisierung in der Wirtschaft wider. Eine überproportionale Zunahme der Beschäftigung ist im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zu verzeichnen. Der Zuwachs ist jedoch im Land Bremen mit 2,5 % etwas geringer als im Bundesgebiet mit 2,9 %.

Damit bleibt das Land Bremen bei den Unternehmensdienstleistungen weiterhin hinter den Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteilen in vergleichbaren Agglomerationsräumen wie auch im Bundesgebiet zurück. Eine Ursache ist die vergleichsweise geringe Präsenz von Unternehmenszentralen am Standort, wodurch die Entstehung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen erschwert wird.

Zu systematischen Verzerrungen in der Beschäftigungsentwicklung zwischen Dienstleistungsbereich und produzierendem Gewerbe tragen Outsourcingprozesse im industriellen Sektor bei. Auch wenn die jeweiligen Entwicklungen in den genannten Bereichen hierdurch überzeichnet sind, werden auch künftig im Dienstleistungssektor wichtige Beschäftigungspotenziale für das Land Bremen liegen. Darüber hinaus können Beschäftigte in Zeitarbeitsfirmen, die ebenfalls dem Dienstleistungssektor

zugeordnet werden, tatsächlich einer Beschäftigung in einem Betrieb nachgehen, der dem verarbeitendem Gewerbe zuzurechnen ist.

Nahezu 30 % der Erwerbstätigen waren und sind im Land Bremen im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschäftigt (Deutschland ca. 25 %). Hier ist im Land Bremen und im Bundesgebiet ein Beschäftigungsanstieg von 0,9 % gegenüber dem Jahr 2007 zu verzeichnen. Es bleibt abzuwarten, ob damit eine gewisse Konsolidierung in diesem Wirtschaftszweig eingetreten ist. In längerfristiger Betrachtung der letzten zehn Jahren hat sich in diesem Bereich die Erwerbstätigkeit im Land Bremen gegenüber dem Bundesgebiet eher unterdurchschnittlich entwickelt. Die relativ niedrige Loco-Quote der bremischen Hafenwirtschaft – also der am Ort erzielte Wertschöpfungsanteil am Hafenumschlag – und ein zunehmendes Gewicht des innereuropäischen Außenhandels war für diese Entwicklung ursächlich. Der über die bremischen Häfen abgewinkelte Umschlag ist überwiegend transatlantisch orientiert.

Die Erwerbstätigkeit im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ ist im Land Bremen von 2007 auf 2008 nur geringfügig um 0,7 % gewachsen, während im Bundesgebiet eine Zunahme von immerhin 1,3 % zu verzeichnen war. Der Beschäftigungsanteil an der Gesamterwerbstätigkeit liegt im Land Bremen mit 30 % im Bundesdurchschnitt, eine in diesem Wirtschaftszweig für großstädtische Regionen eher untypische Situation. Zum Teil dürfte dies auf die überproportionalen Einsparungen des Landes Bremen im öffentlichen Dienst zurückzuführen sein.

4. Arbeitslosigkeit

4.1 Regionaler Überblick

Die Arbeitslosigkeit ist auch im Jahr 2008 infolge der positiven Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt 2008 waren im Land Bremen 36 841 Personen arbeitslos, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von ca. 4 300 Personen bzw. um 10,5 % entspricht. Die Arbeitslosenquote ist dadurch von 12,7 % auf 11,4 % gesunken.

In der Stadt Bremen verringerte sich von 2007 auf 2008 die Zahl der Arbeitslosen um 10,7 % (ca. 3 300 Personen). Die Arbeitslosenquote sank von 11,5 % auf 10,3 %. Auch in Bremerhaven ging die Arbeitslosigkeit um mehr als 1 000 Personen auf 9 250 zurück. Dies entspricht einem Rückgang von 10 %. Die Arbeitslosenquote sank von 18,5 % auf 16,7 %. Letzteres belegt den weiterhin deutlichen Unterschied im Niveau der Arbeitslosigkeit zwischen den beiden Städten. Trotz dieses insgesamt erfreulichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit im Land Bremen ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in Bremerhaven, weiterhin angespannt.

Tab. 09: Struktur der Arbeitslosigkeit im Land Bremen und seinen regionalen Städten

Jahresdurchschnitte	Alle		SGB II		SGB III		Veränderung Alle		Veränder. SGB II		Veränder. SGB III	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Land Bremen	36.841	41.159	30.350	33.219	6.491	7.940	- 4.318	- 10,5	- 2.869	- 8,6	- 1.449	- 18,2
dav.: 53,8% Männer	19.830	22.256	16.593	18.479	3.237	3.776	- 2.426	- 10,9	- 1.886	- 10,2	- 539	- 14,3
46,2% Frauen	17.011	18.904	13.757	14.740	3.254	4.164	- 1.893	- 10,0	- 983	- 6,7	- 910	- 21,9
Arbeitslosenquoten *	11,4	12,7	9,4	10,3	2,0	2,5						
Männer	11,5	13,0	9,6	10,7	1,9	2,2						
Frauen	11,3	12,5	9,2	9,7	2,2	2,8						
Stadt Bremen	27.591	30.880	22.236	24.411	5.356	6.468	- 3.289	- 10,7	- 2.175	- 8,9	- 1.112	- 17,2
Anteil am Land in %	74,9	75,0	73,3	73,5	82,5	81,5						
dav.: 53,8% Männer	14.855	16.669	12.227	13.588	2.628	3.081	- 1.814	- 10,9	- 1.361	- 10,0	- 453	- 14,7
46,2% Frauen	12.737	14.210	10.009	10.823	2.728	3.387	- 1.473	- 10,4	- 814	- 7,5	- 659	- 19,5
Arbeitslosenquoten *	10,3	11,5	8,3	9,1	2,0	2,4						
Männer	10,5		8,6		1,9							
Frauen	10,2		8,0		2,2							
Stadt Bremerhaven	9.250	10.280	8.115	8.808	1.135	1.472	- 1.030	- 10,0	- 693	- 7,9	- 337	- 22,9
Anteil am Land in %	25,1	25,0	26,7	26,5	17,5	18,5						
dav.: 53,8% Männer	4.976	5.587	4.366	4.891	609	695	- 611	- 10,9	- 525	- 10,7	- 86	- 12,4
46,2% Frauen	4.274	4.693	3.748	3.917	526	776	- 419	- 8,9	- 169	- 4,3	- 250	- 32,2
Arbeitslosenquoten *	16,7	18,5	14,6	15,8	2,1	2,7						
Männer	16,4		14,4		2,0							
Frauen	17,0		14,9		2,1							

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

* Arbeitslose in % bezogen auf alle zivilen EP (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). Für das Jahr 2007 gibt es für die Städte noch keine geschlechtsspezifischen Bezugsgrößen. Die Arbeitslosenquoten für die Rechtskreise SGB II + III sind anteilige Quoten mit der gleichen Bezugsgröße wie für „Alle“; die beiden Teilquoten addieren sich also zur Arbeitslosenquote insgesamt.

Mit einem Rückgang von nahezu 1 500 Personen bzw. um 10,4 % ist die Frauenarbeitslosigkeit 2008 in der Stadt Bremen weniger gesunken als die der Männer. Größere Unterschiede ergeben sich bei der Arbeitslosigkeit im Geschlechtervergleich in Bremerhaven. Dort liegt der Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit um 8,9 % deutlich niedriger als die durchschnittliche Abnahme von 10,0 %. Auch diese Entwicklung belegt, dass sich die ohnehin prekäre Arbeitsmarktsituation in Bremerhaven für die Beschäftigung von Frauen in besonderer Weise negativ auswirkt. Unter anderem spiegelt sich dies auch in einer unterdurchschnittlichen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Bremerhaven wider (vergleiche hierzu die Ausführungen zu Teil II. 1 „Angebot an Arbeitskräften“).

Im Jahr 2005 wurde die Aufteilung der Arbeitslosigkeit auf die beiden Rechtskreise SGB II und SGB III eingeführt. Seitdem hat sich die Arbeitslosigkeit immer stärker auf den Rechtskreis des SGB II konzentriert. Von den insgesamt 36 841 Arbeitslosen im Land Bremen im Jahr 2008 sind mittlerweile 82,4 % (30 350) im Rechtskreis SGB II registriert.

Einerseits ist die relative Zunahme des Anteils der Arbeitslosigkeit im Regelkreis des SGB II eine Folge der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den Jahren 2006 bis 2008, da der damit verbundene geringere Zugang von Arbeitslosen eine Entlastung für den SGB-III-Bereich bedeutet. Andererseits deutet dies aber auf die besonders schwierige Situation langzeitarbeitsloser Personen hin, die überwiegend im Rechtskreis SGB II betreut werden. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in 2008 in beiden Regelkreisen zurückgegangen, im SGB-III-Bereich jedoch um 18,2 % und im SGB-II-Bereich lediglich um 8,6 %.

Die unterschiedliche Verteilung der Arbeitslosen auf die Rechtskreise SGB II und SGB III in den Städten Bremen und Bremerhaven ist auch ein Ausdruck der unterschiedlich schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Während in Bremerhaven der Anteil im Rechtskreis SGB II nahezu 88 % beträgt, liegt er in der Stadt Bremen mit knapp 81 % deutlich darunter. Der überproportional große Abbau der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III in Bremerhaven mit 22,9 % erscheint zwar auf den ersten Blick erfreulich, doch steht dem eine unterdurchschnittliche Abnahme von nur 7,9 % im Rechtskreis des SGB II gegenüber. Trotz der allgemein positiven Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2008, sind die vorstehenden Relationen als Indiz für die weitere Verfestigung einer Sockelarbeitslosigkeit gerade in Bremerhaven zu werten.

4.2 Vergleich mit anderen Bundesländern

In allen Ländern ist die Arbeitslosenquote gegenüber 2007 mehr oder weniger deutlich gesunken, so auch im Land Bremen mit 1,3-%-Punkten. Allerdings weist das Land Bremen mit einer Arbeitslosenquote von 11,4 % für 2008 im Ländervergleich eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit auf. Bremen hat im Vergleich der westdeutschen Länder mit deutlichem Abstand die höchste Arbeitslosenquote. Der Abstand zu Nordrhein-Westfalen beträgt 2,7-%-Punkte und zu Hamburg sogar 3,3-%-Punkte.

Bis auf Thüringen gibt es zwar noch einen deutlichen Abstand Bremens zu den neuen Bundesländern und Berlin, aber insbesondere gegenüber 2007 haben die ostdeutschen Länder ihre Arbeitslosigkeit stärker abbauen können als das Land Bremen. Der Abstand zu Mecklenburg-Vorpommern – dem Land mit der höchsten Arbeitslosenquote – beträgt in 2008 nur noch 2,7-%-Punkte, während in 2007 noch eine Differenz von 3,8-%-Punkten zu verzeichnen war. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Land Bremen seine Arbeitslosigkeit in etwa im Gleichschritt mit den anderen westdeutschen Ländern abbauen konnte, während die ostdeutschen Länder ihre Arbeitslosigkeit gegenüber 2007 insgesamt erheblich stärker verringert haben.

Auffällig im Ländervergleich ist, dass die spezifischen Arbeitslosenquoten der Frauen in den Flächenländern über denen der Männer liegen, während sie in den Stadtstaaten niedriger sind als die der Männer. Die jeweiligen Abweichungen sind allerdings in Berlin und Hamburg höher als im Land Bremen.

Tab. 10: Arbeitslosenquoten* nach Rechtskreisen und Geschlecht im Ländervergleich

Jahresdurchschnitte	Insgesamt				Rechtskreis SGB II				Rechtskreis SGB III			
	Insgesamt		dar.: Frauen		Insgesamt		dar.: Frauen		Insgesamt		dar.: Frauen	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Schleswig-Holstein	7,6	8,4	7,7		5,3	5,8	5,2		2,3	2,7	2,5	
Hamburg	8,1	9,2	7,7		6,1	6,8	5,7		2,0	2,3	2,0	
Niedersachsen	7,7	8,9	8,2		5,4	6,0	5,6		2,3	2,9	2,6	
Bremen	11,4	12,7	11,3		9,4	10,3	9,2		2,0	2,5	2,2	
Nordrhein-Westfalen	8,5	9,5	8,9		6,3	6,8	6,7		2,2	2,7	2,3	
Hessen	6,6	7,6	7,0		4,6	5,1	4,9		2,0	2,5	2,1	
Rheinland-Pfalz	5,6	6,5	6,0		3,5	4,0	3,8		2,1	2,6	2,2	
Baden-Württemberg	4,1	4,9	4,6		2,4	2,8	2,6		1,7	2,2	2,0	
Bayern	4,2	5,3	4,6		2,3	2,7	2,5		1,9	2,6	2,1	
Saarland	7,3	8,4	7,8		5,3	5,8	5,7		2,0	2,6	2,1	
Berlin	13,9	15,5	12,6		11,3	12,5	10,0		2,6	3,0	2,6	
Brandenburg	13,0	14,9	13,2		9,0	10,1	8,8		4,1	4,7	4,4	
Mecklenburg-Vorpommern	14,1	16,5	14,2		9,9	11,5	9,7		4,2	5,0	4,5	
Sachsen	12,8	14,7	13,6		8,7	9,7	8,8		4,2	5,1	4,8	
Sachsen-Anhalt	14,0	16,0	14,9		10,0	11,1	10,3		4,0	4,9	4,5	
Thüringen	11,3	13,2	12,4		7,1	8,2	7,5		4,2	5,0	4,9	
Deutschland	7,8	9,0	8,2		5,4	6,0	5,6		2,4	3,0	2,6	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

* Arbeitslose in % bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). Für das Jahr 2007 gibt es noch keine geschlechtsspezifischen Bezugsgrößen für alle zivilen EP. Die Arbeitslosenquoten für die Rechtskreise SGB II + III sind anteilige Quoten mit der gleichen Bezugsgröße wie für „Alle“; die beiden Teilquoten addieren sich also zur Arbeitslosenquote insgesamt.

Geschlechtsspezifische Arbeitslosenquoten sind grundsätzlich mit Vorsicht zu interpretieren. Erstens sagen spezifische Arbeitslosenquoten nichts über die Erwerbsbeteiligung aus. Zweitens ist ein „Abtauchen“ in die stille Reserve des Arbeitsmarktes bei Frauen immer noch verbreiteter als bei Männern. Dies führt zu einer systematischen Unterschätzung von Frauenarbeitslosigkeit. Drittens ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass bei Frauen geringfügige und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse überproportional verbreitet sind. Hierbei handelt es sich in der Regel um Arbeitsverhältnisse, deren berufliche Entwicklungschancen eher sehr begrenzt sind.

In allen Ländern ist die Arbeitslosigkeit in beiden Rechtskreisen im Jahr 2008 gegenüber 2007 zurückgegangen. Im Rechtskreis des SGB II ist im Bundesdurchschnitt ein Rückgang von 10,5 % zu verzeichnen, im Land Bremen jedoch nur um 8,6 %. Dieser Wert wurde nur in Nordrhein-Westfalen mit - 7,9 % unterschritten.

Tab. 11: Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen und Geschlecht im Bundesländervergleich

Jahresdurchschnitte	2008			2007			Veränderungen 2008/2007					
	Insgesamt	dar.: Frauen		Insgesamt	dar.: Frauen		Insgesamt		dar.: Frauen		abs.	in %
		Frauen	in %		Frauen	in %	abs.	in %	abs.	in %		
Schleswig-Holstein	107.509	51.777	48,2	119.548	58.014	48,5	- 12.039	- 10,1	- 6.237	- 10,8		
dav.: 69,3% Rk SGB II	74.496	35.031	47,0	81.856	37.616	46,0	- 7.360	- 9,0	- 2.585	- 6,9		
30,7% Rk SGB III	33.013	16.745	50,7	37.692	20.398	54,1	- 4.679	- 12,4	- 3.653	- 17,9		
Hamburg	72.960	32.909	45,1	81.314	36.916	45,4	- 8.354	- 10,3	- 4.007	- 10,9		
dav.: 75,3% Rk SGB II	54.921	24.241	44,1	60.641	26.643	43,9	- 5.720	- 9,4	- 2.402	- 9,0		
24,7% Rk SGB III	18.039	8.668	48,1	20.673	10.273	49,7	- 2.634	- 12,7	- 1.605	- 15,6		
Niedersachsen	304.347	150.140	49,3	352.998	176.246	49,9	- 48.651	- 13,8	- 26.106	- 14,8		
dav.: 69,8% Rk SGB II	212.366	103.164	48,6	237.551	113.253	47,7	- 25.185	- 10,6	- 10.089	- 8,9		
30,2% Rk SGB III	91.981	46.976	51,1	115.446	62.993	54,6	- 23.465	- 20,3	- 16.017	- 25,4		
Bremen	36.841	17.011	46,2	41.159	18.904	45,9	- 4.318	- 10,5	- 1.893	- 10,0		
dav.: 82,4% Rk SGB II	30.350	13.757	45,3	33.219	14.740	44,4	- 2.869	- 8,6	- 983	- 6,7		
17,6% Rk SGB III	6.491	3.254	50,1	7.940	4.164	52,4	- 1.449	- 18,2	- 910	- 21,9		
Nordrhein-Westfalen	759.564	368.904	48,6	855.504	417.282	48,8	- 95.940	- 11,2	- 48.378	- 11,6		
dav.: 74,2% Rk SGB II	563.845	274.563	48,7	612.102	291.594	47,6	- 48.257	- 7,9	- 17.031	- 5,8		
25,8% Rk SGB III	195.719	94.341	48,2	243.402	125.688	51,6	- 47.683	- 19,6	- 31.347	- 24,9		
Hessen	204.417	100.391	49,1	236.188	116.947	49,5	- 31.771	- 13,5	- 16.556	- 14,2		
dav.: 70,3% Rk SGB II	143.678	70.531	49,1	157.592	75.767	48,1	- 13.914	- 8,8	- 5.236	- 6,9		
29,7% Rk SGB III	60.739	29.860	49,2	78.595	41.180	52,4	- 17.856	- 22,7	- 11.320	- 27,5		
Rheinland-Pfalz	116.248	57.752	49,7	133.661	67.350	50,4	- 17.412	- 13,0	- 9.598	- 14,3		
dav.: 62,3% Rk SGB II	72.414	36.685	50,7	81.217	40.382	49,7	- 8.803	- 10,8	- 3.697	- 9,2		
37,7% Rk SGB III	43.834	21.067	48,1	52.444	26.968	51,4	- 8.610	- 16,4	- 5.901	- 21,9		
Baden-Württemberg	229.130	118.697	51,8	272.522	142.968	52,5	- 43.393	- 15,9	- 24.271	- 17,0		
dav.: 58,1% Rk SGB II	133.202	67.903	51,0	153.797	76.383	49,7	- 20.595	- 13,4	- 8.480	- 11,1		
41,9% Rk SGB III	95.928	50.794	53,0	118.726	66.585	56,1	- 22.798	- 19,2	- 15.791	- 23,7		
Bayern	276.632	139.582	50,5	350.413	183.012	52,2	- 73.781	- 21,1	- 43.430	- 23,7		
dav.: 53,9% Rk SGB II	149.063	76.410	51,3	178.141	88.967	49,9	- 29.078	- 16,3	- 12.557	- 14,1		
46,1% Rk SGB III	127.569	63.172	49,5	172.272	94.045	54,6	- 44.703	- 25,9	- 30.873	- 32,8		
Saarland	37.004	18.197	49,2	42.565	21.235	49,9	- 5.561	- 13,1	- 3.038	- 14,3		
dav.: 72,4% Rk SGB II	26.791	13.334	49,8	29.545	14.610	49,4	- 2.754	- 9,3	- 1.276	- 8,7		
27,6% Rk SGB III	10.212	4.864	47,6	13.020	6.626	50,9	- 2.808	- 21,6	- 1.762	- 26,6		
Berlin	233.741	101.227	43,3	261.033	113.744	43,6	- 27.292	- 10,5	- 12.517	- 11,0		
dav.: 81,2% Rk SGB II	189.699	80.125	42,2	209.829	88.299	42,1	- 20.130	- 9,6	- 8.174	- 9,3		
18,8% Rk SGB III	44.042	21.102	47,9	51.204	25.445	49,7	- 7.162	- 14,0	- 4.343	- 17,1		
Brandenburg	175.461	84.904	48,4	199.685	97.619	48,9	- 24.223	- 12,1	- 12.715	- 13,0		
dav.: 68,8% Rk SGB II	120.700	56.542	46,8	136.309	63.104	46,3	- 15.609	- 11,5	- 6.562	- 10,4		
31,2% Rk SGB III	54.761	28.362	51,8	63.376	34.515	54,5	- 8.615	- 13,6	- 6.153	- 17,8		
Mecklenburg-Vorp.	124.210	59.494	47,9	145.986	70.833	48,5	- 21.776	- 14,9	- 11.339	- 16,0		
dav.: 70,5% Rk SGB II	87.558	40.721	46,5	101.568	46.676	46,0	- 14.010	- 13,8	- 5.955	- 12,8		
29,5% Rk SGB III	36.652	18.773	51,2	44.418	24.156	54,4	- 7.766	- 17,5	- 5.383	- 22,3		
Sachsen	279.560	140.093	50,1	322.833	164.989	51,1	- 43.274	- 13,4	- 24.896	- 15,1		
dav.: 67,6% Rk SGB II	188.995	90.838	48,1	211.711	100.309	47,4	- 22.716	- 10,7	- 9.471	- 9,4		
32,4% Rk SGB III	90.564	49.255	54,4	111.122	64.680	58,2	- 20.558	- 18,5	- 15.425	- 23,8		
Sachsen-Anhalt	175.082	88.439	50,5	202.127	103.494	51,2	- 27.046	- 13,4	- 15.055	- 14,5		
dav.: 71,4% Rk SGB II	124.925	61.576	49,3	140.266	67.978	48,5	- 15.341	- 10,9	- 6.402	- 9,4		
28,6% Rk SGB III	50.157	26.863	53,6	61.861	35.516	57,4	- 11.704	- 18,9	- 8.653	- 24,4		
Thüringen	135.202	70.402	52,1	158.973	83.900	52,8	- 23.771	- 15,0	- 13.498	- 16,1		
dav.: 62,9% Rk SGB II	85.091	42.711	50,2	99.024	48.786	49,3	- 13.933	- 14,1	- 6.075	- 12,5		
37,1% Rk SGB III	50.112	27.691	55,3	59.949	35.114	58,6	- 9.837	- 16,4	- 7.423	- 21,1		
Deutschland	3.267.907	1.599.918	49,0	3.776.509	1.873.453	49,6	- 508.601	- 13,5	- 273.535	- 14,6		
dav.: 69,1% Rk SGB II	2.258.093	1.088.130	48,2	2.524.370	1.195.106	47,3	- 266.277	- 10,5	- 106.976	- 9,0		
30,9% Rk SGB III	1.009.814	511.788	50,7	1.252.139	678.347	54,2	- 242.325	- 19,4	- 166.559	- 24,6		

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

Eine wesentlich stärkere prozentuale Abnahme der Arbeitslosigkeit ergab sich im Rechtskreis des SGB III. Mit einem Rückgang von 18,2 % liegt das Land Bremen um 1,2-%-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt von 19,4 %. Deutlich darüber – also mit einer Differenz von mehr als 2-%-Punkten – liegen die Länder Bayern, Hessen und das Saarland.

Der Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II an allen Arbeitslosen kann als Problemindikator für den Arbeitsmarkt interpretiert werden. Mit einem Anteil von über 82 % hat das Land Bremen die höchste Quote. Bremen liegt damit in etwa gleichauf mit Berlin (81 %), aber doch deutlich höher als Hamburg mit einem Anteil von 75 %. Die Stadtstaaten liegen insgesamt deutlich über den entsprechenden Werten der Flächenländer. Hierin zeigt sich einmal mehr das spezifisch großstädtische Problem der sogenannten größeren „Sozialhilfedichte“.

4.3 Bremen und Bremerhaven im Städtevergleich

Ein Vergleich des Landes Bremen mit anderen Bundesländern ergibt, dass die Stadtstaaten auffällig andere Ergebnisse zeigen als die Flächenländer. Dies deutet darauf hin, dass ein Vergleich des Landes Bremen mit anderen Ländern arbeitsmarktpolitisch von nur begrenztem Aussagewert ist. Von daher ist es sinnvoll, die Städte Bremen und Bremerhaven mit entsprechend ausgewählten kreisfreien Städten zu vergleichen. Die Auswahl der Vergleichsstädte bezieht sich auf die Kriterien „siedlungsstruktureller Kreistypen“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Im Vergleich zu den in der Tabelle aufgeführten Großstädten liegt Bremen bei den Arbeitslosenquoten etwa gleichauf mit Köln (+ 0,5-%-Punkte) und weist mit einem Abstand von 3,3-%-Punkten einen besseren Wert als Dortmund auf. Ein deutlicher negativer Abstand ist jedoch gegenüber Hamburg mit 2,2-%-Punkten zu vermerken.

Tab. 12: Arbeitslosenquoten* nach Rechtskreisen und Geschlecht im Städtevergleich

Jahresdurchschnitte	Insgesamt				Rechtskreis SGB II				Rechtskreis SGB III			
	Insgesamt		dar.: Frauen		Insgesamt		dar.: Frauen		Insgesamt		dar.: Frauen	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Hamburg	8,1	9,2	7,7		6,1	6,8	5,7		2,0	2,3	2,0	
Bremen	10,3	11,5	10,2		8,3	9,1	8,0		2,0	2,4	2,2	
Köln	10,8	11,8	10,6		8,7	9,4	8,6		2,1	2,5	2,1	
Dortmund	13,6	14,4	14,0		11,1	11,3	11,4		2,6	3,1	2,6	
Wolfsburg	7,0	8,9	8,5		5,1	5,9	5,9		1,8	2,9	2,6	
Oldenburg	9,7	11,0	9,4		7,2	8,1	6,9		2,5	2,9	2,5	
Osnabrück	8,1	9,2	8,1		5,7	6,1	5,7		2,4	3,0	2,4	
Bremerhaven	16,7	18,5	17,0		14,6	15,9	14,9		2,0	2,7	2,1	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

* Arbeitslose in % bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). Für das Jahr 2007 gibt es noch keine geschlechtsspezifischen Bezugsgrößen für alle zivilen EP. Die Arbeitslosenquoten für die Rechtskreise SGB II + III sind anteilige Quoten mit der gleichen Bezugsgröße wie für „Alle“; die beiden Teilquoten addieren sich also zur Arbeitslosenquote insgesamt.

In der Veränderung der Arbeitslosigkeit von 2007 auf 2008 steht die Stadt Bremen mit einer Abnahme von 1,2-%-Punkten besser da als die hier aufgeführten Vergleichsstädte. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich in der Stadt Bremen mit 10,7 % etwas mehr als in Hamburg (10,3 %), aber doch deutlich höher als in Dortmund mit lediglich 5,5 %.

**Tab. 13a: Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen, Dauer und Geschlecht
- Bremen im Städtevergleich**

Jahresdurchschnitte	2008			2007			Veränderungen 2008/2007			
	Insgesamt	dar.: Frauen	Anteil in %	Insgesamt	dar.: Frauen	Anteil in %	Insgesamt		dar.: Frauen	
							abs.	in %	abs.	in %
Hamburg	72.960	32.909	45,1	81.314	36.916	45,4	- 8.354	- 10,3	- 4.007	- 10,9
dav.: 67,0% bis unter 1 Jahr	48.864	21.998	45,0	50.616	22.991	45,4	- 1.752	- 3,5	- 993	- 4,3
16,0% 1 bis unter 2 Jahre	11.689	5.381	46,0	15.197	7.171	47,2	- 3.508	- 23,1	- 1.790	- 25,0
17,0% 2 Jahre und länger	12.407	5.530	44,6	15.501	6.754	43,6	- 3.094	- 20,0	- 1.224	- 18,1
dav.: 75,3% Rechtskreis SGB II	54.921	24.241	44,1	60.641	26.643	43,9	- 5.720	- 9,4	- 2.402	- 9,0
dav.: 59,2% bis unter 1 Jahr	32.515	14.323	44,1	33.405	14.791	44,3	- 890	- 2,7	- 468	- 3,2
19,7% 1 bis unter 2 Jahre	10.824	4.879	45,1	13.267	6.092	45,9	- 2.443	- 18,4	- 1.213	- 19,9
21,1% 2 Jahre und länger	11.582	5.039	43,5	13.969	5.760	41,2	- 2.387	- 17,1	- 721	- 12,5
24,7% Rechtskreis SGB III	18.039	8.668	48,1	20.673	10.273	49,7	- 2.634	- 12,7	- 1.605	- 15,6
dav.: 90,6% bis unter 1 Jahr	16.350	7.675	46,9	17.211	8.200	47,6	- 861	- 5,0	- 525	- 6,4
4,8% 1 bis unter 2 Jahre	864	502	58,1	1.930	1.079	55,9	- 1.066	- 55,2	- 577	- 53,5
4,6% 2 Jahre und länger	825	491	59,5	1.532	994	64,9	- 707	- 46,1	- 503	- 50,6
Bremen	27.591	12.737	46,2	30.880	14.210	46,0	- 3.289	- 10,7	- 1.473	- 10,4
dav.: 57,1% bis unter 1 Jahr	15.762	7.108	45,1	17.459	8.013	45,9	- 1.697	- 9,7	- 905	- 11,3
18,4% 1 bis unter 2 Jahre	5.066	2.445	48,3	6.070	3.054	50,3	- 1.004	- 16,5	- 609	- 19,9
24,5% 2 Jahre und länger	6.763	3.184	47,1	7.351	3.143	42,8	- 588	- 8,0	+ 41	+ 1,3
dav.: 80,6% Rechtskreis SGB II	22.236	10.009	45,0	24.411	10.823	44,3	- 2.175	- 8,9	- 814	- 7,5
dav.: 49,9% bis unter 1 Jahr	11.085	4.840	43,7	12.352	5.517	44,7	- 1.267	- 10,3	- 677	- 12,3
21,3% 1 bis unter 2 Jahre	4.740	2.236	47,2	5.194	2.490	47,9	- 454	- 8,7	- 254	- 10,2
28,8% 2 Jahre und länger	6.411	2.933	45,7	6.865	2.816	41,0	- 454	- 6,6	+ 117	+ 4,2
19,4% Rechtskreis SGB III	5.356	2.728	50,9	6.468	3.387	52,4	- 1.112	- 17,2	- 659	- 19,5
dav.: 87,3% bis unter 1 Jahr	4.678	2.269	48,5	5.106	2.495	48,9	- 428	- 8,4	- 226	- 9,1
6,1% 1 bis unter 2 Jahre	326	208	63,8	876	565	64,5	- 550	- 62,8	- 357	- 63,2
6,6% 2 Jahre und länger	352	251	71,3	486	327	67,3	- 134	- 27,6	- 76	- 23,2
Köln	55.063	25.576	46,4	60.182	27.736	46,1	- 5.119	- 8,5	- 2.160	- 7,8
dav.: 52,2% bis unter 1 Jahr	28.743	13.079	45,5	32.132	15.159	47,2	- 3.389	- 10,5	- 2.080	- 13,7
21,1% 1 bis unter 2 Jahre	11.622	5.755	49,5	9.482	4.617	48,7	+ 2.140	+ 22,6	+ 1.138	+ 24,6
26,7% 2 Jahre und länger	14.698	6.742	45,9	18.568	7.960	42,9	- 3.870	- 20,8	- 1.218	- 15,3
dav.: 80,6% Rechtskreis SGB II	44.360	20.602	46,4	47.617	21.517	45,2	- 3.257	- 6,8	- 915	- 4,3
dav.: 43,3% bis unter 1 Jahr	19.220	8.762	45,6	21.653	10.122	46,7	- 2.433	- 11,2	- 1.360	- 13,4
24,7% 1 bis unter 2 Jahre	10.961	5.374	49,0	8.032	3.827	47,6	+ 2.929	+ 36,5	+ 1.547	+ 40,4
32,0% 2 Jahre und länger	14.179	6.466	45,6	17.932	7.568	42,2	- 3.753	- 20,9	- 1.102	- 14,6
19,4% Rechtskreis SGB III	10.703	4.974	46,5	12.565	6.219	49,5	- 1.862	- 14,8	- 1.245	- 20,0
dav.: 89,0% bis unter 1 Jahr	9.524	4.317	45,3	10.470	5.037	48,1	- 946	- 9,0	- 720	- 14,3
6,2% 1 bis unter 2 Jahre	661	381	57,6	1.459	790	54,1	- 798	- 54,7	- 409	- 51,8
4,8% 2 Jahre und länger	518	276	53,3	636	392	61,6	- 118	- 18,6	- 116	- 29,6
Dortmund	38.628	18.039	46,7	40.870	18.858	46,1	- 2.242	- 5,5	- 819	- 4,3
dav.: 53,5% bis unter 1 Jahr	20.677	9.299	45,0	20.929	9.493	45,4	- 252	- 1,2	- 194	- 2,0
18,2% 1 bis unter 2 Jahre	7.047	3.472	49,3	6.491	3.105	47,8	+ 556	+ 8,6	+ 367	+ 11,8
28,2% 2 Jahre und länger	10.904	5.268	48,3	13.450	6.260	46,5	- 2.546	- 18,9	- 992	- 15,8
dav.: 81,3% Rechtskreis SGB II	31.387	14.689	46,8	32.101	14.537	45,3	- 714	- 2,2	+ 152	+ 1,0
dav.: 46,2% bis unter 1 Jahr	14.511	6.563	45,2	14.406	6.494	45,1	+ 105	+ 0,7	+ 69	+ 1,1
20,8% 1 bis unter 2 Jahre	6.534	3.162	48,4	5.445	2.558	47,0	+ 1.089	+ 20,0	+ 604	+ 23,6
32,9% 2 Jahre und länger	10.342	4.964	48,0	12.250	5.485	44,8	- 1.908	- 15,6	- 521	- 9,5
18,7% Rechtskreis SGB III	7.241	3.350	46,3	8.769	4.320	49,3	- 1.528	- 17,4	- 970	- 22,5
dav.: 85,2% bis unter 1 Jahr	6.166	2.736	44,4	6.523	2.999	46,0	- 357	- 5,5	- 263	- 8,8
7,1% 1 bis unter 2 Jahre	513	310	60,4	1.046	547	52,3	- 533	- 51,0	- 237	- 43,3
7,8% 2 Jahre und länger	562	304	54,1	1.200	774	64,5	- 638	- 53,2	- 470	- 60,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

**Tab. 13b: Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen, Dauer und Geschlecht
- Bremerhaven im Städtevergleich**

Jahresdurchschnitte	2008			2007			Veränderungen 2008/2007			
	Insgesamt	dar.: Frauen	Anteil in %	Insgesamt	dar.: Frauen	Anteil in %	Insgesamt		dar.: Frauen	
							abs.	in %	abs.	in %
Wolfsburg	4.309	2.275	52,8	5.475	2.914	53,2	- 1.166	- 21,3	- 639	- 21,9
dav.: 56,5% bis unter 1 Jahr	2.433	1.265	52,0	2.924	1.498	51,2	- 491	- 16,8	- 233	- 15,6
16,7% 1 bis unter 2 Jahre	721	384	53,3	977	588	60,2	- 256	- 26,2	- 204	- 34,7
26,8% 2 Jahre und länger	1.155	626	54,2	1.574	828	52,6	- 419	- 26,6	- 202	- 24,4
dav.: 73,5% Rechtskreis SGB II	3.169	1.582	49,9	3.667	1.762	48,1	- 498	- 13,6	- 180	- 10,2
dav.: 48,5% bis unter 1 Jahr	1.536	758	49,3	1.583	729	46,1	- 47	- 3,0	+ 29	+ 4,0
17,9% 1 bis unter 2 Jahre	567	276	48,7	716	391	54,6	- 149	- 20,8	- 115	- 29,4
33,6% 2 Jahre und länger	1.066	548	51,4	1.368	642	46,9	- 302	- 22,1	- 94	- 14,6
26,5% Rechtskreis SGB III	1.140	694	60,9	1.808	1.153	63,8	- 668	- 36,9	- 459	- 39,8
dav.: 78,7% bis unter 1 Jahr	897	508	56,6	1.340	770	57,5	- 443	- 33,1	- 262	- 34,0
13,5% 1 bis unter 2 Jahre	154	108	70,1	261	197	75,5	- 107	- 41,0	- 89	- 45,2
7,8% 2 Jahre und länger	89	78	87,6	207	186	89,9	- 118	- 57,0	- 108	- 58,1
Oldenburg	7.835	3.713	47,4	8.852	4.200	47,4	- 1.017	- 11,5	- 487	- 11,6
dav.: 61,6% bis unter 1 Jahr	4.825	2.160	44,8	5.392	2.507	46,5	- 567	- 10,5	- 347	- 13,8
17,9% 1 bis unter 2 Jahre	1.405	732	52,1	1.550	747	48,2	- 145	- 9,4	- 15	- 2,0
20,5% 2 Jahre und länger	1.605	821	51,2	1.910	946	49,5	- 305	- 16,0	- 125	- 13,2
dav.: 74,4% Rechtskreis SGB II	5.827	2.723	46,7	6.515	2.961	45,4	- 688	- 10,6	- 238	- 8,0
dav.: 53,2% bis unter 1 Jahr	3.102	1.361	43,9	3.574	1.615	45,2	- 472	- 13,2	- 254	- 15,7
21,8% 1 bis unter 2 Jahre	1.272	642	50,5	1.277	581	45,5	- 5	- 0,4	+ 61	+ 10,5
24,9% 2 Jahre und länger	1.453	720	49,6	1.664	765	46,0	- 211	- 12,7	- 45	- 5,9
25,4% Rechtskreis SGB III	2.007	990	49,3	2.337	1.240	53,1	- 330	- 14,1	- 250	- 20,2
dav.: 85,7% bis unter 1 Jahr	1.721	799	46,4	1.818	893	49,1	- 97	- 5,3	- 94	- 10,5
6,7% 1 bis unter 2 Jahre	134	90	67,2	273	166	60,8	- 139	- 50,9	- 76	- 45,8
7,6% 2 Jahre und länger	152	101	66,4	246	181	73,6	- 94	- 38,2	- 80	- 44,2
Osnabrück	6.472	3.132	48,4	7.370	3.623	49,2	- 898	- 12,2	- 491	- 13,6
dav.: 65,2% bis unter 1 Jahr	4.220	1.920	45,5	4.517	2.083	46,1	- 297	- 6,6	- 163	- 7,8
14,3% 1 bis unter 2 Jahre	924	475	51,4	1.141	600	52,6	- 217	- 19,0	- 125	- 20,8
20,5% 2 Jahre und länger	1.328	737	55,5	1.712	940	54,9	- 384	- 22,4	- 203	- 21,6
dav.: 69,9% Rechtskreis SGB II	4.526	2.206	48,7	4.924	2.341	47,5	- 398	- 8,1	- 135	- 5,8
dav.: 55,9% bis unter 1 Jahr	2.531	1.154	45,6	2.636	1.173	44,5	- 105	- 4,0	- 19	- 1,6
17,9% 1 bis unter 2 Jahre	808	407	50,4	880	443	50,3	- 72	- 8,2	- 36	- 8,1
26,2% 2 Jahre und länger	1.187	645	54,3	1.408	725	51,5	- 221	- 15,7	- 80	- 11,0
30,1% Rechtskreis SGB III	1.946	926	47,6	2.447	1.282	52,4	- 501	- 20,5	- 356	- 27,8
dav.: 86,7% bis unter 1 Jahr	1.688	766	45,4	1.883	911	48,4	- 195	- 10,4	- 145	- 15,9
6,0% 1 bis unter 2 Jahre	117	68	58,1	260	156	60,0	- 143	- 55,0	- 88	- 56,4
7,2% 2 Jahre und länger	141	92	65,2	304	215	70,7	- 163	- 53,6	- 123	- 57,2
Bremerhaven	9.250	4.274	46,2	10.280	4.693	45,7	- 1.030	- 10,0	- 419	- 8,9
dav.: 52,1% bis unter 1 Jahr	4.820	2.122	44,0	5.478	2.396	43,7	- 658	- 12,0	- 274	- 11,4
18,9% 1 bis unter 2 Jahre	1.747	821	47,0	1.896	941	49,6	- 149	- 7,9	- 120	- 12,8
29,0% 2 Jahre und länger	2.683	1.331	49,6	2.906	1.356	46,7	- 223	- 7,7	- 25	- 1,8
dav.: 87,7% Rechtskreis SGB II	8.115	3.748	46,2	8.808	3.917	44,5	- 693	- 7,9	- 169	- 4,3
dav.: 46,4% bis unter 1 Jahr	3.769	1.651	43,8	4.300	1.821	42,3	- 531	- 12,3	- 170	- 9,3
21,0% 1 bis unter 2 Jahre	1.701	792	46,6	1.750	845	48,3	- 49	- 2,8	- 53	- 6,3
32,6% 2 Jahre und länger	2.645	1.305	49,3	2.758	1.251	45,4	- 113	- 4,1	+ 54	+ 4,3
12,3% Rechtskreis SGB III	1.135	526	46,3	1.472	776	52,7	- 337	- 22,9	- 250	- 32,2
dav.: 92,7% bis unter 1 Jahr	1.052	471	44,8	1.178	577	49,0	- 126	- 10,7	- 106	- 18,4
4,1% 1 bis unter 2 Jahre	46	29	63,0	146	95	65,1	- 100	- 68,5	- 66	- 69,5
3,3% 2 Jahre und länger	37	26	70,3	148	104	70,3	- 111	- 75,0	- 78	- 75,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

Wie sich schon im Ländervergleich bei den Stadtstaaten andeutete, ist der Anteil der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II in den Großstädten erheblich größer als in ländlichen Gebieten. Bis auf Hamburg mit einem Anteil von 75 % liegen in den übrigen hier verglichenen Städten die Quoten bei etwas über 80 %. Obwohl es keinen linearen Bezug zwischen diesen Anteilswerten und den Arbeitslosenquoten gibt, steigt der Anteil der im SGB II registrierten Arbeitslosen mit der allgemeinen Arbeitslosenquote.

Der Städtevergleich für Bremerhaven belegt die außerordentlich kritische Arbeitsmarktsituation in der Seestadt. Die Arbeitslosenquote ist im Jahr 2008 in Bremerhaven mit 16,7 % mehr als doppelt so hoch wie in den Städten Wolfsburg und Osnabrück. Zwar hat die Arbeitslosigkeit in Bremerhaven in 2008 gegenüber 2007 um 10 % abgenommen, jedoch liegt der entsprechende Rückgang in Wolfsburg (21,3 %), Oldenburg (11,5 %) und Osnabrück (13,6 %) deutlich höher.

Bei der Frauenarbeitslosigkeit ist eine mehr oder weniger stärkere Abnahme gegenüber den Männern in 2008 in den hier betrachteten Vergleichsstädten festzustellen. Nur in Bremerhaven weist die Frauenarbeitslosigkeit einen gegenüber den Männern deutlich geringeren Rückgang auf.

Die gravierenden Probleme, mit denen Bremerhaven auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert ist, spiegeln sich auch in der Anteilsquote im Rechtskreis SGB II wider. Nahezu 88 % aller Arbeitslosen sind 2008 im Rechtskreis des SGB II registriert. Über die Hälfte dieses Personenkreises ist länger als ein Jahr arbeitslos. In Wolfsburg und Oldenburg liegt die Anteilsquote im Rechtskreis des SGB II bei ca. 74 % und in Osnabrück bei 70 %.

4.4 Struktur der Arbeitslosigkeit nach ausgewählten Personengruppen

Für die Strukturanalyse des Arbeitsmarktes ist neben Dauer und Geschlecht die Betroffenheit spezifischer Personengruppen von besonderer Bedeutung. Für Jugendliche kann ein verfehlter Einstieg in das Erwerbsleben negative Auswirkungen auf die gesamte künftige Berufsbiografie zur Folge haben. Ältere Arbeitnehmer/-innen haben es in der Regel besonders schwer, bei einmal eingetretener Arbeitslosigkeit erneut eine Beschäftigung zu finden. Dies gilt trotz besonderer Schutz- und Förderinstrumente ebenso für Schwerbehinderte. Auch für ausländische Mitbürger/-innen ist es gegenüber deutschen Arbeitnehmern/-innen erheblich schwieriger, bei einmal eingetretener Arbeitslosigkeit eine Reintegration in das Erwerbsleben zu erreichen.

Für 2008 kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass alle vorstehend genannten Personengruppen im Land Bremen noch von der wirtschaftlich günstigen Situation in 2008 profitiert haben. Bezogen auf alle Langzeitarbeitslosen – also Personen die länger als ein Jahr arbeitslos waren – ist die Arbeitslosigkeit mit 10,7 % in etwa wie im allgemeinen Durchschnitt gesunken. In der Stadt Bremen war mit 11,8 % sogar ein überdurchschnittlicher Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit möglich, während in Bremerhaven der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit um 7,7 % deutlich geringer ausfiel als bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit.

Differenziert man bei der Langzeitarbeitslosigkeit in die Personengruppe mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von über und unter zwei Jahren, so zeigt sich wiederum sehr deutlich, wie mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Chancen einer Reintegration in das Erwerbsleben sinken. Während in der Stadt Bremen z. B. bei den langzeitarbeitslosen Frauen mit einer Arbeitslosigkeit von unter zwei Jahren sogar ein Rückgang von nahezu 20 % zu verzeichnen war und selbst in Bremerhaven diese Personengruppe um annähernd 13 % abnahm, sind bei den Frauen mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Jahren landesweit sogar leichte Zuwächse zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat im Land Bremen in 2008 die Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten (- 11,4 %) überproportional zur Gesamtarbeitslosigkeit abgenommen. Dies gilt für die Stadt Bremen und auch Bremerhaven, während in Bremerhaven ein relativ geringerer Abstand zur Gesamtarbeitslosigkeit festzustellen ist.

Bei den Jugendlichen ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Land Bremen mit 14,2 % deutlich überproportional. In Bremerhaven kann im Gegensatz zu der ansonsten zu beobachtenden Entwicklung gar ein Rückgang von 16,2 % festgestellt werden. Bremerhaven liegt damit in etwa 3-%-Punkte über der Abnahme in der Stadt Bremen. Bei den jungen Frauen allerdings liegt der Rückgang wiederum in der Stadt Bremen höher als in Bremerhaven.

Tab. 14: Veränderung der Arbeitslosigkeit nach Personengruppen im Land Bremen

Jahresdurchschnitte	Land Bremen			Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	2008	2007	Veränd. in %	2008	2007	Veränd. in %	2008	2007	Veränd. in %
Arbeitslose insgesamt	36.841	41.159	- 10,5	27.591	30.880	- 10,7	9.250	10.280	- 10,0
dar.: 46,2% Frauen	17.011	18.904	- 10,0	12.737	14.210	- 10,4	4.274	4.693	- 8,9
dav. 57,1% bis unter 1 Jahr	20.583	22.936	- 10,3	15.763	17.458	- 9,7	4.820	5.478	- 12,0
dar.: 45,1% Frauen	9.232	10.410	- 11,3	7.109	8.013	- 11,3	2.123	2.397	- 11,4
18,4% 1 bis unter 2 Jahre	6.813	7.966	- 14,5	5.066	6.070	- 16,5	1.747	1.896	- 7,9
dar.: 48,3% Frauen	3.265	3.995	- 18,3	2.445	3.054	- 19,9	821	941	- 12,8
24,5% 2 Jahre und länger	9.446	10.257	- 7,9	6.763	7.351	- 8,0	2.683	2.906	- 7,7
dar.: 47,1% Frauen	4.514	4.498	+ 0,4	3.184	3.143	+ 1,3	1.331	1.356	- 1,8
dar.: 23,2% Ausländer	7.837	8.607	- 8,9	6.399	7.039	- 9,1	1.438	1.567	- 8,2
dar.: 44,8% Frauen	3.503	3.788	- 7,5	2.864	3.088	- 7,3	639	700	- 8,7
4,4% Schwerbehinderte	1.603	1.810	- 11,4	1.215	1.376	- 11,7	389	434	- 10,4
dar.: 40,4% Frauen	670	752	- 10,9	491	556	- 11,7	179	196	- 8,7
dar.: 8,4% 15 bis unter 25 Jahre	3.287	3.831	- 14,2	2.314	2.670	- 13,3	973	1.161	- 16,2
dar.: 44,6% Frauen	1.454	1.693	- 14,1	1.032	1.208	- 14,6	422	485	- 13,0
23,1% 50 bis unter 65 Jahre	8.365	9.223	- 9,3	6.364	6.991	- 9,0	2.001	2.232	- 10,3
dar.: 47,5% Frauen	3.989	4.415	- 9,6	3.023	3.330	- 9,2	966	1.086	- 11,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand: Juni 2009

In der Gruppe der älteren Arbeitnehmer/-innen über 50 Jahre ist im Land Bremen in 2008 ein nur unterdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Überraschenderweise hat jedoch Bremerhaven mit - 10,3 % einen leicht überdurchschnittlichen Abbau der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern/-innen zu verzeichnen. Der Rückgang älterer Arbeitnehmer/-innen bedarf einer vorsichtigen Interpretation. Es ist nämlich davon auszugehen, dass Abgänge älterer Arbeitsloser aus Arbeitslosigkeit in vielen Fällen nicht auf eine Vermittlung in Beschäftigung, sondern auf ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zurückzuführen sind. Dies dürfte u. a. auch der Grund sein, warum trotz oder in diesem Fall gar wegen der erheblich schwierigeren Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Bremerhaven gegenüber der Stadt Bremen der Rückgang in der Arbeitslosigkeit Älterer höher ausfällt als in der Stadt Bremen.

Für die Gruppe der Ausländer kann mit einer Veränderung von - 8,9 % im Land Bremen eine nur unterproportionale Abnahme der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Dies gilt in leicht unterschiedlicher Ausprägung für die Stadt Bremen (- 9,1 %) ebenso wie für Bremerhaven (- 8,2 %). Vergleichsweise haben ausländische Frauen von der sinkenden Arbeitslosigkeit in Bremerhaven mit - 8,7 % stärker profitiert als in der Stadt Bremen mit - 7,3 %.

Wegen des besonderen Kündigungsschutzes für Schwerbehinderte ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe von relativ geringer Konjunkturreagibilität bzw. wirkt sich gegenüber anderen Personengruppen erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf veränderte Arbeitsmarktlagen aus. Die Arbeitslosigkeit für Schwerbehinderte im Land Bremen hat in 2008 mit 11,4 % stärker als der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit abgenommen. Dies gilt für die Stadt Bremen (- 11,7 %) ebenso wie für Bremerhaven (- 10,4 %). Die Schwerbehinderten stellen in 2008 mit ca. 1 600 Personen bzw. 4,4 % aller Arbeitslosen im Land Bremen die zahlenmäßig kleinste der hier betrachteten Personengruppen dar. Somit bewirkt ein absolut gesehen geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit um etwas mehr als 200 auch einen relativ hohen Veränderungswert. Außerdem ist der Abbau der Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten im Vergleich zu den übrigen hier betrachteten Personengruppen wegen der relativ geringen Konjunkturreagibilität auch als eher nachhaltig einzuschätzen.

5. Fazit

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage bei den Arbeitskräften zeigt für das Jahr 2008, dass im Land Bremen weiterhin eine deutliche Arbeitsplatzlücke besteht, die auch mittelfristig kaum zu schließen sein dürfte. Neben der registrierten Arbeitslosigkeit im Land Bremen selber ist dabei die oberzentrale Funktion der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu berücksichtigen, also die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im Saldo weit über den Erwerbspersonenkreis hinaus, der seinen Wohnsitz im Land Bremen hat.

Die Arbeitslosigkeit im Land Bremen konnte im Durchschnitt des Jahres 2008 noch einmal deutlich abgebaut werden. Ohne den zunächst unerwarteten konjunkturellen Einbruch in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wäre sogar eine noch weitaus günstigere Entwicklung möglich gewesen. Aber auch in der Krise hat sich der Arbeitsmarkt im Land Bremen als relativ robust erwiesen, indem die Arbeitslosigkeit geringer anstieg als im Bundesdurchschnitt. Die verbesserte Struktur auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich dabei auch in der teils deutlichen Abnahme der Langzeitarbeitslosen.

Die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen ist im hohen Maße von der jeweils wirtschaftlichen Entwicklung der Region abhängig. Gerade im Städtevergleich spiegelt sich die jeweils wirtschaftliche Situation einer Region im Arbeitsmarkt wider. Nachhaltige Erfolge auf dem Arbeitsmarkt bedürfen daher weiterer Effekte auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Bei auch teilweise aktuell schon feststellbaren partiellen Engpässen bei Fachkräften bleibt es weiterhin zentrale Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, über einen zielgerichteten Einsatz ihrer Instrumente einen wirksamen Beitrag zum Abbau bestehender Mismatch-Probleme zu leisten.

II. Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik

1. Rahmenbedingungen der Berichterstattung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Darstellung arbeitsmarktpolitischer Effekte der bremischen Politik erbeten. Ziel dieses Ansinnens ist es, dass Augenmerk auf die beschäftigungspolitische Bedeutung der bremischen Politik zu lenken.

Die gewonnenen Schätzungen weisen auf die große Bedeutung der Politik des Senats für den regionalen Arbeitsmarkt hin.

Üblicherweise werden die Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben im Rahmen makroökonomischer Modelle dargestellt, in die auch indirekte Effekte über Multiplikatorwirkungen eingehen. Diese sind aber für regionalökonomische Analysen nicht oder nur sehr unzureichend darstellbar. Belastbare und damit seriöse Angaben können nicht vorgelegt werden. Daher wird auf die Darstellung indirekter Beschäftigungseffekte grundsätzlich verzichtet. Verzichtet wird auch auf die Darstellung der direkten internen Beschäftigungseffekte, die sich auf den Personalaufwand der Ressorts beziehen, da diese Effekte zwar auch Ergebnis, aber nicht Ziel bremischer Politik sind, wenn es um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen geht. Somit kommen für diese Berichterstattung nur die direkten externen Beschäftigungseffekte der Senatspolitik infrage.

Dieses Vorgehen bietet sich auch deshalb an, um einer durch die Fragestellung selbst hervorgerufenen Problematik zu begegnen. Damit ist das Problem gemeint, das durch den in diesem Bericht verfolgten mikroökonomischen Ansatz entsteht, Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungseffekte staatlicher Aktivitäten darzustellen und gleichzeitig mit den Zielen der Senatspolitik zu verknüpfen. Bei einigen ausgewählten arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitischen Programmen und der Verfolgung anwendungsorientierter FuE-Politik im Rahmen der Umsetzung des Wissenschaftsplans sind Ziele und daraus ableitbare Aktivitäten der Politik des Senats durchaus auf Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungseffekte ausgerichtet. Oft ergibt sich aber eher das Gegenteil: Das Bestreben, Leistungen des Staates wirtschaftlich und kostensparend für den Bürger zu erbringen, führt daher auch zu negativen Beschäftigungseffekten in der Umsetzung von Politik. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte spielen als ausdrückliche Zielsetzung im Wesentlichen nur in den einschlägigen Programmen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik eine Rolle.

Die Problematik des vorliegenden Berichts liegt damit in einer makroökonomisch seriös nicht leistbaren und einer mikroökonomisch zwangsläufig auszublenkenden Darstellung indirekter Arbeitsmarkteffekte. Darüber hinaus bleiben indirekte Effekte, wie sie sich aus den vorrangigen Aufgaben des Staates ergeben, infrastrukturelle Rahmenbedingungen für das Gemeinwesen zu schaffen, ohnehin außerhalb der Möglichkeiten einer quantitativen Analyse. Letztere – sei es innere Sicherheit, kulturelle Vielfalt, Bildungswesen und vieles andere mehr – lösen über mehr oder weniger längere Wirkungsketten zweifellos indirekte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte aus, deren Quantität aber nur sehr schwer auszumachen ist und sich im Zuge einer Jahresbetrachtung nicht näher bestimmen lassen.

2. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte der Ressorts

Im Folgenden werden die direkten externen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte der Politik der Ressorts Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt und Verkehr dargestellt.

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Die direkten externen Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungseffekte der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im Bereich Arbeit weisen 833 Vollzeitäquivalente bzw. Beschäftigte aus. Das Ressort gestaltet zudem beschäftigungs- und qualifizierungspolitische Voraussetzungen, um Arbeitslose in Arbeit zu bringen, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Förderung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gehört zum Kernbereich der Aufgaben des Arbeitsressorts.

Arbeitsmarktpolitik trägt dazu bei, die Menschen in Bremen und Bremerhaven, die einen Arbeitsplatz suchen, durch qualifizierte Beratungs- und Weiterbildungsangebote zu unterstützen. Durch Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen Wirtschaft wird ein Beitrag zur Sicherung dieser Arbeitsplätze geleistet, insbesondere in Feldern, die für den Strukturwandel der Wirtschaft von Bedeutung sind.

Durch die umfassenden Maßnahmen im Bereich der Qualifizierungsförderung allgemein und der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit für besondere Zielgruppen, trägt die Arbeitsmarktpolitik zur Verringerung des in den letzten Jahren auch in Bre-

men feststellbaren Fachkräftemangels bei. Sie unterstützt damit die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft und unterstützt so die Wirtschaftsförderung des Senats.

Die Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen wird verbessert und ihre Integrationsfähigkeit erhöht, indem ihnen längerfristig angelegte, darunter auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden, wobei die Förderansätze mit sozialräumlichen Zielen verknüpft werden, um benachteiligte Gebiete zu unterstützen.

Für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, für ältere Arbeitslose und für Migrantinnen und Migranten werden spezifische Instrumente bereitgestellt. Die nachhaltige Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist dabei vorrangig, notwendige Zwischenschritte zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit einkalkuliert. Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit werden durch Beratungsangebote und Starthilfedarlehen unterstützt. Für schwerbehinderte Menschen sind Arbeitsplätze zugänglich zu machen, behindertengerecht zu gestalten und zu erhalten.

Arbeitsmarktpolitische Effekte werden grundsätzlich durch zwei Strukturmerkmale der Arbeitsmarktpolitik generiert,

- durch den Einsatz von Mitteln, der auf eine direkte Förderung zielt und somit arbeitsmarktrelevante Effekte des „Typs A“ erzielt und
- durch indirekte Wirkungen, die durch arbeitsmarktrelevante Investitionen erzielt werden und einen Arbeitsmarkteffekt des „Typs B“ generiert.

Beide Effekte sind im Ressort festzustellen, wobei jedoch vorab gesagt werden kann, dass der „Typ A“ eindeutig überwiegt, er kann in den Einzeldarstellungen der Ressortbereiche im Detail nachvollzogen werden.

Nachstehend werden diese Effekte – aufgeschlüsselt nach den wichtigsten Politikfeldern des Ressorts – qualitativ, vor allem aber quantitativ dargestellt:

Name des Projektes	Aufgabe des Projektes (A)	Anzahl der Beschäftigten (in BV)		Aufgaben des Projektes (B)
Strukturwandel arbeitsmarktpolitischer flankieren Beschäftigungspotentiale ausbauen	Unterstützung von Existenzgründungen	88 (A)	46 (B)	Personaleffekte bei Trägern, die Fördermaßnahmen umsetzen
Kompetenzen der Menschen fördern - individuell Arbeitsmarktchancen stärken	Keine	0 (A)	88 (B)	
Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe an der Beschäftigung ermöglichen	Beschäftigung Langzeitarbeitsloser in geförderten Maßnahmen	462 (A)	112 (B)	
Schwerbehinderte Menschen fördern – Integration unterstützen	Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte	17 (A)	17 (B)	Personaleffekte bei Integration fachdiensten
Technische Hilfe	Keine	0 (A)	4,5 (B)	Beauftragung Dritter für Studien und Beratung
Zwischen-Summe		567 (A)	265,5 (B)	
Gesamt			832,5	

Senator für Wirtschaft und Häfen

Das Ergebnis von Wirtschaftspolitik wird anhand von Kennziffern wie Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbstätigkeit dargestellt. Politik kann diese Größen mittelbar über die Ausgestaltung entwicklungsbestimmender Faktoren wie Investitionen, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungspotenziale und Talente sowie über wirtschaftsrelevante Rahmenbedingungen beeinflussen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen gestaltet auf diese Weise wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundliche Voraussetzungen, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und damit Unternehmen anzuregen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen.

So ist der Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der industriell geprägten Bereiche im Land für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung entscheidend, da die

Unternehmen am Standort oftmals aufgrund internationaler Konzernstrukturen oder einer starken Exportorientierung in einem internationalen Wettbewerb stehen. Die bremische Industrie stellt zurzeit rund 62 000 Arbeitsplätze.

Allein die Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit bremischer Häfen betreffen ca. 86 000 Erwerbstätige, die direkt oder indirekt mit den Häfen verbunden sind. Um national und international wettbewerbsfähig zu bleiben, werden auch weiterhin zentrale Projekte im Bereich Hafeninfrastruktur verfolgt, wie der Jade-Weser-Port und der Neubau der Kaiserschleuse in Bremerhaven sowie aktuell der neue Hafen für die Verladung von Offshore-Windanlagen.

Ebenso tragen Maßnahmen zur Verbesserung der Anbindung und der Infrastruktur in den Gewerbegebieten dazu bei, dass die Standorte Bremen und Bremerhaven gestärkt und der Strukturwandel gefördert wird. Durch den Erhalt bzw. den bedarfsgerechten Ausbau des Gewerbeflächenangebots konnten in den letzten Jahren mehrere Tausend Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden. Allein in der Überseestadt haben bisher über 6 500 Arbeitsplätze von der Weiterentwicklung des Gebiets profitiert.

Der ressortübergreifende Bericht zu den Arbeitsmarkteffekten bremischer Politik beschränkt sich aber auf die Darstellung der Arbeitsplatzeffekte, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zuweisung von Haushaltsmitteln an Dritte stehen. Aus methodischen Gründen wird dabei auf die Darstellung indirekter Beschäftigungseffekte und Multiplikatoreffekte verzichtet. Davon ausgehend bietet es sich an, über die in Controllingberichten dokumentierten Arbeitsmarkteffekte in der Verantwortung des Senators für Wirtschaft und Häfen im Jahr 2008 zu berichten.

Auf der Grundlage des Beleihungsgesetzes sind für das Jahr 2008 öffentlich-rechtliche Verträge u. a. mit der Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG) und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) abgeschlossen worden, mit denen den Gesellschaften die Durchführung von einzelnen Programmen der Wirtschaftsförderung übertragen worden sind.

Die zentralen Instrumente der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Erzielung direkter Beschäftigungseffekte stellen das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP), die Existenzgründungsförderung (Bremer Existenzgründungs-Initiative B.E.G.I.N. zusammen mit SAFGJS und Bremer Förderprogramm für Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen und Young Professionals BRUT) sowie die Vermarktung von Gewerbeflächen dar. Die daraus im Jahr 2008 resultierten und auf Dauer angelegten Beschäftigungseffekte in Vollzeitäquivalenten sind in der nachfolgenden Tabelle dargelegt.

Direkte Beschäftigungseffekte im Jahr 2008

Programm	neue AP	davon Frauen	gesicherte AP	davon Frauen
Zuschussförderung LIP	518,0	167,0	446,0	94,0
Darlehensförderung LIP	76,5	10,5	354,5	84,0
Existenzgründungsförderung mit Beratungsförderung (Anteil SWH bei B.E.G.I.N.)	571	k.A.	k.A.	k.A.
Existenzgründungsförderung mit BRUT	35	k.A.	k.A.	k.A.
Vermarktung von Gewerbeflächen	495,0	k.A.	k.A.	k.A.

Aus den diversen Förderprogrammen des Ressorts ergeben sich somit direkte externe Arbeitsmarkteffekte in Höhe von rechnerisch nahezu 1 700 Vollzeitäquivalenten. Hierbei handelt es sich ausschließlich um neugeschaffene Arbeitsplätze. Zu erwähnen sind darüber hinaus die über das Landesinvestitionsförderprogramm gesicherten Arbeitsplätze in einer Größenordnung von ca. 800 Arbeitsplätzen.

Die direkten internen Beschäftigungseffekte sind gemäß Personalcontrolling der Senatorin für Finanzen mit 250 Vollzeitäquivalenten zu veranschlagen.

Neben diesen direkten Beschäftigungseffekten in der Wirtschaft lösen die angeregten Investitionen im Rahmen der Investitionsförderung und der Erschließung von Gewerbeflächen bedeutsame Nachfrageeffekte insbesondere beim Baugewerbe aus.

Auch erfolgen im Zuge der späteren Entwicklung der Gewerbeflächen Nachverdichtungen, deren Beschäftigungseffekte hier nicht angegeben werden. Zudem ist auf temporäre Effekte durch die Vergabe von Gutachten etc. hinzuweisen.

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Bereich Wissenschaft

Die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten an der Universität und den Hochschulen des Landes Bremen sind über dort zugeordnete Haushaltsstellen angestellt und werden somit von der Fragestellung nicht erfasst. In der Wissenschaftslandschaft im Lande Bremen besteht darüber hinaus eine Vielzahl von Forschungsinstituten mit unterschiedlichen Finanzierungsarten:

- ausschließlich durch Bremen grundfinanzierte Einrichtungen (z. B. BIAS, BIBA, IWT), sogenannte Bremer Institute,
- überregional finanzierte Institute (IFAM, MPI, AWI, DFKI, DLR, Osteuropa, ab 2009 auch ZMT und MEVIS).

Die sogenannten Bremer Institute wurden 2008 aus dem Wissenschaftshaushalt mit ca. 12,8 Mio. € gefördert. Darüber hinaus erhalten sie Zuwendungen und Forschungsaufträge von Dritten. Im Durchschnitt beträgt der bremische Finanzierungsanteil ca. 30 % des Gesamtumsatzes. Aus diesen Zuwendungen und Erträgen finanzierten die Institute neben den erforderlichen Sachkosten und Investitionen ein Beschäftigungsvolumen von 510 VZÄ. Mit ihren Forschungsergebnissen und Transferleistungen unterstützen diese Einrichtungen, aber auch die überregionalen Institute, die regionale Wirtschaft und erzielen damit weitere erhebliche Arbeitsplatzeffekte.

Hieraus ergeben sich bei Zugrundelegung eines 30-%-igen Anteils bremischer Mittel rechnerisch bei den sogenannten Bremer Instituten Beschäftigungseffekte im Umfang von 153 VZÄ.

Bei den überregionalen Instituten gibt es sehr unterschiedliche Finanzierungsarten. Während die bremischen Anteile für das AWI, das DFKI, Osteuropa und das DLR direkt aus dem bremischen Haushalt an die Institute fließen, werden das IFAM und das MPI über ihre Zentralen finanziert. Diese erhalten wiederum von den Ländern in der Regel nach dem Königsteiner Schlüssel entsprechende Zuweisungen. Der gesamte Finanzierungsanteil Bremens an den überregionalen Instituten betrug 2008 ca. 19,2 Mio. € (inklusive Sachkosten und Investitionen). Beschäftigt waren in diesen Einrichtungen 1657 Personen. Eine überschlagsmäßige Erfassung der Beschäftigungseffekte der spezifischen bremischen Mittel bei den überregionalen Forschungseinrichtungen ist wegen der im Einzelfall unterschiedlichen prozentualen Zuwendungen nicht möglich.

Die insgesamt durch Wissenschaft in Bremen hervorgerufenen Effekte insbesondere für Arbeitsplätze sind dokumentiert in „SBW, Wissenschaft für die Region, Effekte und Erfolgsfaktoren der Wissenschaftspolitik, Dokumentation der Fachtagung am 19. April 2007 im Haus der Wissenschaft, Bremen, 2008“. Danach schafft das Wissenschaftssystem insgesamt ca. 15 000 Arbeitsplätze, von denen viele hochqualifiziert sind.

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Direkte externe Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungseffekte sind in Höhe von 964 Vollzeitäquivalenten zu ermitteln. Dabei entfallen auf den Bereich Verkehr 757 Stellen und auf den Bereich Umwelt 207 Stellen. Die Politik dieses Ressorts wird wie kaum ein anderes von erheblichen Investitionen in den Bereichen Verkehr und Bau geprägt. Hier ist zwar von großen indirekten Beschäftigungswirkungen auszugehen, die sich aber quantitativ nicht als Beschäftigungseffekte darstellen lassen. Für den Bereich Verkehr sind die oben genannten Effekte von 757 auf die Kontraktzahlungen an die BSAG zurückzuführen, die anteilig auf Basis der Zahlen 2007 (42 %) auf das Beschäftigungsvolumen der BSAG bezogen wurden.

Eine hinreichend genaue, quantitative Bewertung der Auswirkungen von staatlichen Investitionen insbesondere auf die Beschäftigung im Baugewerbe ist nicht möglich und können aus diesem Grund im Folgenden nicht dargestellt werden.

Über den eigenen finanziellen Spielraum hinaus kommt der Politik des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa eine grundlegende Bedeutung für die Schaffung

und Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen durch die Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur sowie der Lebensqualität der Stadt eine maßgebliche Bedeutung zu, die sich nicht direkt quantifizieren lässt.

Beispielhaft werden für den Umweltbereich im Folgenden detaillierte Angaben gemacht:

Programme Umweltinnovation:

Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen e. V. (wab):

Fördersumme 2008: 217 T€

Vollzeitäquivalente: drei weiblich, zwei männlich

Zusätzlich indirekte Effekte, durch weitere Firmenansiedlungen

Institut IWES:

Fördersumme 2007 bis 2011: 7 Mio. € (davon SUBVE 1,6 Mio. €, SWH 5 Mio. €, SBW 0,3 Mio. €)

Vollzeitäquivalente: bereits geschaffen 43 Arbeitsplätze, geplante Anzahl nach vollständiger Errichtung 100 Arbeitsplätze (keine Genderangaben)

„initiative umwelt unternehmen“:

Fördersumme 2008: 387 T€

Vollzeitäquivalente: vier Stellen (vier männlich, davon zwei Vollzeit und zwei Teilzeit; zwei weiblich, beide Teilzeit)

„Förderprogramm „Angewandte Umweltforschung – AUF“:

Fördersumme 2008: 643 262 €

Vollzeitäquivalente: 6,3 Stellen (keine Genderangaben)

Förderung von gemeinnützigen Umweltprojekten:

Fördersumme 2008: 300 000 €

Vollzeitäquivalente: fünf Stellen (keine Genderangaben)

Außerschulische Umweltbildung:

Fördersumme 2008: 100 000 €

Vollzeitäquivalente: zwei Stellen (eine männlich, drei weiblich; alle Teilzeit mit 0,5 Stellen)

Umweltberatung e. V.:

Fördersumme 2008: 100 000 €

Vollzeitäquivalente: zwei Stellen (eine männlich, zwei weiblich, beide Teilzeit)

Förderprogramm Regenwassermanagement:

Fördersumme 2008: 80 000 €

Vollzeitäquivalente: 0,5 Stellen (0,5 weiblich)

Freiwilliges Ökologisches Jahr – FÖJ:

Fördersumme 2008: 137 809 €

Vollzeitäquivalente: 0,5 Stellen (0,5 weiblich)

Bei Naturschutzprojekten, Landschaftsprogrammen, Deichverbänden und Hochwasserschutz wurden mit Zahlungen von 6 940 T€ rd. 30,6 Vollzeitäquivalente finanziert. Beim Gewässer- und Bodenschutz, Meeresschutz und Zuwendungen an Vereine wurden mit Zahlungen von 2 254 T€ 75,4 Vollzeitäquivalente gesichert/geschaffen.